



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 11/12
Dienstag, 19. August 2014
16:05 - 20:57 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 16.09.2014

Vorsitz:	Georg Merz	OeBS
Protokoll:	Gabriele Behring Veronika Michel	Ratssekretärin Protokollführerin
Stimmenzähler:	Beat Brunner Andi Kunz Patrik Simmler	EDU AL JUSO
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: <u>Sitzung Nr. 11:</u> Ratspräsident und 31 Mitglieder <u>Sitzung Nr. 12:</u> Ratspräsident und 33 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Alfred Tappolet Nihat Tektas	SVP FDP
	<u>Sitzung Nr. 11:</u> Urs Furer Katrin Huber Ott	SP SP

TRAKTANDEN

1	Inpflichtnahme des neuen Ratsmitglieds Markus Leu	Seite	6
2	Ersatzwahl eines Mitglieds des Büro des Grossen Stadtrats (Stimmenzähler)	Seite	7
3	Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014: Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 8'762 m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 21534 "Herblingertal"	Seite	7
4	Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014: Abgabe im Baurecht einer Teilfläche der städtischen Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal"	Seite	8
5	Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012: Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik	Seite	8

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite (Rückweisung an die Fachkommission Bau am 17. September 2013)	FK Bau
04.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung Eissportanlagen KSS	GPK
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
11.02.2014	VdSR Bericht über die hängigen Motionen und Postulate	GPK
18.03.2014	VdSR Massnahmen zur frühen Förderung in der Stadt Schaffhausen	FK Soziales
18.03.2014	Postulat René Schmidt (OeBS): Unternehmensgründungen auf Stadtgebiet fördern	
31.03.2014	Motion Patrik Simmler (JUSO): Mehr Mitsprache für die Jugend	
29.04.2014	Postulat Martin Egger (FDP): Schluss mit staatlicher Finanzierung privater Hobbys und Prüfung nachhaltiger Nutzung des Kammgarnareals	
06.05.2014	Interpellation Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP), René Schmidt (OeBS), Hermann Schlatter (SVP): Kein Abbau des Postservice im Stadtgebiet, Standort- und Lebensqualität in allen Quartieren erhalten	
06.05.2014	Interpellation Daniel Schlatter (SP): Erhalt der Poststellen in den Quartieren und vor allem keine Kürzung der Dienstleistungen	
13.05.2014	VdSR Ausgestaltung der Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL) nach Wegfall der Kantonsbeiträge	FK Soziales
02.06.2014	Verfahrenspostulat Martin Jung (AL): Ermöglichung der Diskussion von Interpellationen	
03.06.2014	Postulat René Schmidt (OeBS): Erhalt von Fussball- und Trainingsplätzen auf der Breite	
11.06.2014	Postulat von Stefan Marti (SP): "Das Kapital" retten und die Hallen kulturell nutzen	
17.06.2014	VdSR Abgabe der künftigen städtischen Parzelle GB 22066 "Herblingertal" von 14'200 m2 im Baurecht	

Kleine Anfragen 2014:

- Kleine Anfrage Daniel Preisig (SVP): I love Schaffhausen Schriftzug - Neues Tourismus-Highlight in unserer schönen Stadt! vom 21. Juli 2014
- Kleine Anfrage von Andi Kunz (AL): Städtische Hütten - oder wo ein paar Eingeweihte gelegentlich feiern und sonst die Mäuse tanzen vom 4. August 2014

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Inpflichtnahme des neuen Ratsmitglieds Markus Leu

Ratspräsident Georg Merz (OeBS) verliest Art. 2a der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats, Abs. 1 bis 3 wie folgt:

¹ *Jedes Mitglied des Grossen Stadtrates legt vor seinem Amtsantritt das Gelübde ab.*

² *Das Gelübde lautet: „Ich gelobe, die Ehre, die Wohlfahrt und den Nutzen der Stadt Schaffhausen zu fördern und mein Amt der Verfassung und den Gesetzen gemäss nach bestem Wissen und Gewissen zu führen“. Das Gelübde wird durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“ geleistet.*

³ *Wer die Inpflichtnahme verweigert, verliert dadurch sein Mandat als Mitglied des Grossen Stadtrates.*

Das neue Ratsmitglied Markus Leu erhebt sich und leistet das Amtsgelübde.

Ergänzend verliest der Ratspräsident Art. 9 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats wie folgt:

Die Ratsmitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit sie Kenntnis von Informationen erhalten, die zur Wahrung überwiegender öffentlicher oder privater Interessen, zum Schutz der Persönlichkeit oder aus Rücksicht auf ein hängiges Verfahren geheim zu halten oder vertraulich zu behandeln sind. In begründeten Einzelfällen kann der Grosse Stadtrat über die Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht einzelner Ratsmitglieder entscheiden.

Traktandum 2 Ersatzwahl eines Mitglieds des Büros des Grossen Stadtrats (Stimmenzähler)

Als Ersatz für den zurückgetretenen Hansueli Scheck (SVP) schlägt die SVP/EDU-Fraktion Beat Brunner (EDU) als Mitglied des Büros des Grossen Stadtrats (Stimmenzähler) vor.

Es erfolgen keine weiteren Vorschläge. Der Stimmenzähler Beat Brunner (EDU) ist somit vom Grossen Stadtrat in stiller Wahl (gemäss Art. 66 Geschäftsordnung Grosser Stadtrat) gewählt.

Traktandum 3 Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014: Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 8'762 m2 der städtischen Parzelle GB Nr. 21'534 "Herblingertal"

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014 über die Abgabe im Baurecht des Teilgrundstücks GB Nr. 21'534 an

der Breitwiesenstrasse "Herblingertal".

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe des städtischen Teilgrundstücks GB Nr. 21'534 im Umfang von ca. 8'762 m² im Baurecht an die Conica AG, Industriestrasse 26, Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014 genannten Bedingungen zu.

**Traktandum 4 Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014:
Abgabe im Baurecht einer Teilfläche der städtischen Parzelle
GB Nr. 8564 "Merishausertal"**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014 über die Abgabe im Baurecht des Teilgrundstücks GB Nr. 8564 an der Mühlenstrasse "Merishausertal".
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe des städtischen Teilgrundstücks GB Nr. 8564 im Umfang von ca. 2'239 m² im Baurecht an die Edy Klingler Sanitär Heizung GmbH, Breitestieg 19, Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014 genannten Bedingungen zu.

**Traktandum 5 Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012:
Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik**

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012, den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 3. Juni 2014 mit den angepassten Anträgen sowie die an der Ratssitzung vom 19. August 2014 beschlossenen Änderungen mit 18 : 15 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012 betreffend zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik, vom Bericht und Antrag der Spezialkommission zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik vom 3. Juni 2014 sowie von den an der Ratssitzung vom 19. August 2014 beschlossenen Anpassungen.
2. Die Stadtverfassung vom 25. September 2011 wird wie folgt ergänzt:

Art. 2a 2000-Watt-Gesellschaft

¹Die Stadt setzt sich im Rahmen ihrer Mittel und Zuständigkeiten ein für das Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, insbesondere für

- a) die Reduktion des durchschnittlichen jährlichen Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin und Einwohner,
- b) die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr,
- c) die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien.

3. Der Kernenergieausstieg der Stadtverwaltung erfolgt einerseits durch den Bezug von möglichst lokal produziertem Strom aus erneuerbaren Energien und andererseits durch den Zubau von Solarstromanlagen und anderen erneuerbaren Energien auf städtischen Liegenschaften sowie durch Beteiligungen an alternativen Stromerzeugungsanlagen (Rahmenkredit Städtische Werke).
4. Das bisherige Förderprogramm der Stadt Schaffhausen (Konto 6231.366.205) soll in Zusammenarbeit mit dem Kanton weitergeführt werden.
5. Die Sanierung der stadteigenen Liegenschaften ist basierend auf dem jeweils aktuellen Gebäudestandard der Energiestädte mittels jährlicher Budgettranchen, die sich am Richtwert von mindestens 1.6% des Gebäudeversicherungswertes orientieren, voranzutreiben.
6. Die folgenden wiederkehrenden und einmaligen Kredite werden bewilligt:
 - a) Förderprogramm und Aktionen:
Wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 30'000.-- an die kantonale Energiefachstelle für die Beurteilung der Fördergesuche
 - b) Ausstieg der Stadtverwaltung aus der Kernenergie (Bezug von Ökostrom aus möglichst lokaler Produktion):
Wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 140'000.--
 - c) Verwendung der CO₂-Rückerstattungen (Konto 3202.441.004) für die beschleunigte energetische Sanierung der stadteigenen Liegenschaften (Ertrag 2009 und 2010 je rund CHF 100'000.--, 2011 rund CHF 60'000.--)
 - d) Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit: wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 15'000.-- für die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit anderen Städten
7. Der Stadtrat informiert den Grossen Stadtrat im Rahmen der Ökobilanz über den Zwischenstand hinsichtlich Zielerreichung und Umsetzung von Massnahmen.
8. Folgende Motionen und Postulate werden abgeschrieben:
 - a) Motion Peter Neukomm (erheblich erklärt am 30. Oktober 2007):
Energie- und Klimaschutzkonzept für eine Trendwende in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft (gestützt auf Ziff. 1 und 2 dieses Beschlusses)
 - b) Motion Urs Tanner (erheblich erklärt am 2. Juni 2009): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie (gestützt auf Ziff. 1 und 3 dieses Beschlusses)
 - c) Postulat Peter Neukomm (erheblich erklärt am 2. April 2008): Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen (gestützt auf Ziff. 4 dieses Beschlusses)
 - d) Postulat Christine Thommen (erheblich erklärt am 16. November 2010):
Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen (gestützt auf Ziff. 1ff. dieses Beschlusses)
9. Ziff. 2 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 10 lit. a der Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum.
10. Ziff. 6 lit. b und c dieses Beschlusses unterstehen nach Art. 25 lit. f der Stadtverfassung je einzeln dem fakultativen Referendum

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Georg Merz (OeBS)**, eröffnet die Doppelsitzung Nr. 11 und Nr. 12 vom 19. August 2014 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten und der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatter.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage Daniel Preisig (SVP): I love Schaffhausen Schriftzug - Neues Tourismus-Highlight in unserer schönen Stadt! vom 21. Juli 2014
- Kleine Anfrage von Andi Kunz (AL): Städtische Hütten - oder wo ein paar Eingeweihte gelegentlich feiern und sonst die Mäuse tanzen vom 4. August 2014
- Jahresbericht 2013 der KSS Sport- und Freizeitanlage
- Bericht und Antrag der Fachkommission Bau zu VdSR "Zonenplanänderung Nr. 10 - Planungsmassnahmen im Rahmen des Projekts "Zukunft Stadtleben" vom 2. Juli 2014
- Anträge auf vereinfachtes Verfahren der Fachkommission Bau zu Traktandum 3 und Traktandum 4

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 9 vom 17. Juni 2014 wurde vom Büro genehmigt und liegt zur Einsichtnahme auf dem Kanzleisch auf. Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro mitzuteilen. Das Protokoll gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 3 und 4 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats als genehmigt.

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 10 vom 1. Juli 2014 ist vom Büro noch nicht genehmigt und wird zu Einsichtnahme an der nächsten Ratssitzung aufliegen.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Mitteilung des Ratspräsidenten zu Traktandum 6:

"Es wurde mir heute mitgeteilt, dass nicht alle Ratsmitglieder - ich eingeschlossen - über die Petition zum Wagenareal informiert sind. Es scheint mir deshalb der Sache dienlich, dieses Thema in den Fraktionen nochmals zu diskutieren. "

Traktandum 1 Inpflichtnahme des neuen Ratsmitglieds Markus Leu

Der **Ratspräsident, Georg Merz (OeBS)**, verliest Art. 2a der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats, Abs. 1 bis 3 wie folgt:

¹ Jedes Mitglied des Grossen Stadtrates legt vor seinem Amtsantritt das Gelübde ab.

² Das Gelübde lautet: „ Ich gelobe, die Ehre, die Wohlfahrt und den Nutzen der Stadt Schaffhausen zu fördern und mein Amt der Verfassung und den Gesetzen gemäss nach bestem Wissen und Gewissen zu führen“. Das Gelübde wird durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“ geleistet.

³ Wer die Inpflichtnahme verweigert, verliert dadurch sein Mandat als Mitglied des Grossen Stadtrats.

Das neue Ratsmitglied Markus Leu erhebt sich und leistet das Amtsgelübde.

Ergänzend verliest der **Ratspräsident** Art. 9 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats wie folgt:

Die Ratsmitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit sie Kenntnis von Informationen erhalten, die zur Wahrung überwiegender öffentlicher oder privater Interessen, zum Schutz der Persönlichkeit oder aus Rücksicht auf ein hängiges Verfahren geheim zu halten oder vertraulich zu behandeln sind. In begründeten Einzelfällen kann der Grosse Stadtrat über die Befreiung von der Verschwiegenheitspflicht einzelner Ratsmitglieder entscheiden.

Traktandum 2 Ersatzwahl eines Mitglieds des Büro des Grossen Stadtrats (Stimmenzähler)

Als Ersatz für den zurückgetretenen Hansueli Scheck (SVP) schlägt die SVP/EDU-Fraktion Beat Brunner (EDU) als Mitglied des Büros des Grossen Stadtrats (Stimmenzähler) vor.

Es erfolgen keine weiteren Vorschläge. Der Stimmenzähler Beat Brunner (EDU) ist somit vom Grossen Stadtrat in stiller Wahl (gemäss Art. 66 Geschäftsordnung Grosser Stadtrat) gewählt.

Traktandum 3 Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014: Abgabe im Baurecht einer Teilfläche von ca. 8'762 m² der städtischen Parzelle GB Nr. 21534 "Herblingertal"

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014 über die Abgabe im Baurecht des Teilgrundstücks GB Nr. 21'534 an der Breitwiesenstrasse "Herblingertal".
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe des städtischen Teilgrundstücks GB Nr. 21'534 im Umfang von ca. 8'762 m² im Baurecht an die Conica AG, Industriestrasse 26, Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrats vom 25. März 2014 genannten Bedingungen zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014: Abgabe im Baurecht einer Teilfläche der städtischen Parzelle GB Nr. 8564 "Merishausertal"

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014 über die Abgabe im Baurecht des Teilgrundstücks GB Nr. 8564 an der Mühlenstrasse "Merishausertal".
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe des städtischen Teilgrundstücks GB Nr. 8564 im Umfang von ca. 2'239 m² im Baurecht an die Edy Klingler Sanitär Heizung GmbH, Breitestieg 19, Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrats vom 27. Mai 2014 genannten Bedingungen zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 5 Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012: Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik

Urs Tanner (SP)

Bericht der SPK

"Gerne stelle ich Ihnen die Arbeit der SPK vor und zwar in drei Teilen:

1. Beilagen
2. Vorlage
3. Kommissionsarbeit

Bevor Sie ihre Messer wetzen, um den Stadtrat zu prügeln, was er alles verbochen, nicht verbochen oder zu spät verbochen hat, denken Sie daran, dass dies eine durch das Parlament bestellte Vorlage ist:

- Motion Peter Neukomm (erheblich erklärt am 30.10.2007): Energie- und Klimaschutzkonzept für eine Trendwende in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft.
- Motion Urs Tanner (erheblich erklärt am 02.06.2009): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie
- Postulat Peter Neukomm (erheblich erklärt am 02.04.2008): Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen
- Postulat Christine Thommen (erheblich erklärt am 16.11.2010): Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen

1. Beilagen

Der Ordnung halber stelle ich diese Ihnen kurz vor:

- Klimaschutz- und Energiekonzept - Die Stadt Schaffhausen auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft; Nichttechnische Zusammenfassung, Amstein+Walthert/Infras
- Regionalstudie 2000-Watt-Gesellschaft Bodensee - Kurzfassung; Amstein+Walthert/Infras

- Orientierungsvorlage des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen an den Kantonsrat betreffend Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie - Charta der 2000-Watt-Städte in der Bodensee-Region
- Masterplan 2050 der Swissspower Stadtwerke. Schrittmacher für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Swissspower
- Gemeinden, Städte und Regionen auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Zielpapier von Energiestadt.
- Klimaschutz- und Energiekonzept - Die Stadt Schaffhausen auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft; Technischer Bericht; Amstein+Walthert/Infras
- Regionalstudie 2000-Watt-Gesellschaft Bodensee - Technischer Bericht; Amstein+Walthert/Infras
- Skizze des Aktionsplans Energiestrategie 2050; Bundesamt für Energie
- Bericht zum Kernenergieausstieg des Kantons Schaffhausen; Infras
- Wettbewerbsfaktor Energie - Chancen für die Schweizer Wirtschaft; McKinsey & Compagny
- Die Energiewende kommt. Und alle machen mit. Agentur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz AEE

Diese Beilagen betragen doch stolze 550 Seiten; sie wurden richtigerweise nur der Kommission abgeben. Die Ratsmitglieder können diese natürlich auf dem Netz studieren. Ich werde Ihnen auch keine Zusammenfassung aller Studien liefern; sonst bräuchten wir eine Vierfach-Sitzung. Gerne mache ich Sie aber auf interessante Erkenntnisse aus ausgewählten Studien aufmerksam, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Die 2000-Watt-Gesellschaft ist sowohl ökologisch als auch patriotisch:

"Die Vision 2000-Watt-Gesellschaft macht deutlich, was heute zu tun ist, um langfristig grosse gesellschaftliche und wirtschaftliche Verwerfungen als Folge hoher Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu vermeiden und eine nachhaltige Energieversorgung zu sichern. Erdöl und Erdgas werden knapper und teurer. Die Schweiz ist in hohem Mass vom Ausland abhängig, und die Wertschöpfung in der Energieversorgung findet zu einem guten Teil in anderen Ländern statt.

Mit der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft sorgt die Stadt Schaffhausen vorausschauend und aktiv für eine langfristige und sichere Energieversorgung. Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass nachhaltiges Wirtschaften und der erforderliche Strukturwandel nicht mit Wachstumseinbruch und Beschäftigungsrückgang verbunden sind. Die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Gesamtkosten sind bei heutigen Energiepreisen gering. Bei weitersteigenden Energiepreisen kann sogar mit erheblichen Gesamteinsparungen gerechnet werden. Die Ausgaben sind als Investition in eine risikoärmere Energie- und Klimazukunft zu betrachten. Längerfristig sind deutlich positive Wachstumseffekte zu erwarten. Volkswirtschaftliche Untersuchungen zeigen, dass sich die 2000-Watt-Gesellschaft sozialverträglich realisieren lässt. Die Substitution von importierten fossilen Energien durch erneuerbare Energieträger und die Massnahmen in den Bereichen Gebäude, Mobilität, Stromversorgung tragen dazu bei, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt. Die lokale und regionale Wirtschaft wird in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Das Konzept rechnet in einer ersten Etappe mit einem positiven Beschäftigungseffekt von 100 bis 200 Stellen. "

Zitat aus: Klimaschutz- und Energiekonzept - Die Stadt Schaffhausen auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft; Nichttechnische Zusammenfassung,

Amstein+Walthert/Infras, Seite 17.

Interessant, was der bürgerliche Regierungsrat (2 FDP, 2 SVP, 1 SP) zur 2000-Watt-Gesellschaft in seiner Orientierungsvorlage vom 30.08.11 sagt: *“Seit mehreren Jahren strebt der Regierungsrat längerfristig den Kernenergieausstieg an und richtet sich strategisch an der 2000-Watt-Gesellschaft aus.”*

Die steht nicht im Parteiprogramm von AL, SP, OeBS oder GLP, sondern im regierungsrätlichen Papier. Es geschehen noch Wunder.

Wichtig auch die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand: *“Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit und die Akzeptanz der städtischen Energiepolitik. Zudem trägt sie zur Schaffung von spezifischem Know-how in den betreffenden Branchen bei (z.B. Bau, Planung), welches dann auch bei Privaten zur Anwendung gelangt. Mit einer auf die 2000-Watt-Gesellschaft ausgerichteten Umwelt-, Verkehrs- und Siedlungsplanung setzt die Verwaltung zudem positive Zeichen bei der Siedlungsentwicklung.”*

Zitat aus: Klimaschutz- und Energiekonzept - Die Stadt Schaffhausen auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft; Technischer Bericht; Seite 61.

Sanierungen, wie im Antrag 5 der SPK vorgesehen, sind einer der Grundpfeiler dieser Vorlage: Dass dies keine Arbeitsbeschaffungsmassnahme ist, zeigt die Seite 72: Illustratives Beispiel zur Wirkung von Massnahmen im Gebäudebereich.

“Die energetische Sanierung aller Wohnbauten der Stadt Schaffhausen mit Baujahr 1990 oder früher auf den Mini-Energiestandard würde zu einer Einsparung von 20% des gesamten Endenergieverbrauchs der Stadt Schaffhausen führen.”

Zitat aus: Klimaschutz- und Energiekonzept - Die Stadt Schaffhausen auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft; Technischer Bericht.

Auf Seite 72: Was ist die Haupteckenstein aus der Regionalstudie Bodensee?

Die Städte Feldkirch, Friedrichshafen, Konstanz, Radolfzell, Schaffhausen, Singen und Überlingen, welche eine AG gebildet haben, kommen zu folgendem Schluss, dass für die Region die Ziele der 2000-Watt Gesellschaft erreicht werden können. Voraussetzung dafür ist die konsequente Verbesserung der Energieeffizienz, ein umfassender Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region. (...) Die Region verfügt über vielversprechende Potentiale: Mit Effizienzmassnahmen kann der Energiebedarf bis 2080 auf rund die Hälfte reduziert werden, und mit der Nutzung der heute bekannten Potentiale an erneuerbarer Energie würde die Region Bodensee im Energiesektor langfristig weitgehend zur Selbstversorgerin.“ Dies ist auch ein Auftrag der FDP-Kollegen zur Autarkie, die man weiter fassen muss als nur die Stadt Schaffhausen.

Wer mit Fussballvergleichen mehr anfangen kann: Schaffhausen, Energiestadt Nummer 1 der Schweiz, holte sich schon den Champions League-Titel mit dem Gold-Award. Diesen Titel können wir mit dieser Vorlage nochmals holen.

Die Energiewende kommt. Und alle machen mit. Agentur für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz AEE. Seite 12: Diese hervorragende Broschüre zeigt sehr konkret auf, was Sache ist:

- dass zum Beispiel 800 Windturbinen 6% unseres schweizweiten Bedarfs decken könnten,
- dass Andermatt mit 3 Windturbinen doppelt so viel Strom produziert wie benötigt,
- dass Unternehmen kleine Kraftwerke sein können: Das Firmengebäude der Heizplan AG in Gams produziert dreimal mehr Energie wie benötigt.

Die ganze Broschüre zeigt die konkrete unternehmerische Schweiz. Es lohnt sich, diese gut zu studieren. Hier kann man Geld verdienen.

McKinsey-Studie: Der wirtschaftliche Ansatz bietet den Vorteil, dass man von der Klimaerwärmungsdebatte ins Ökonomische wechselt, und hier bietet McKinsey Zahlen, die auch für Klimaskeptiker interessant sind: *“Für Schweizer Unternehmen bieten die weltweiten Bestrebungen nach effizienterem beziehungsweise Ersatz (...) grosse Wachstumschance. Weltweite Investitionen in Erneuerbare würden bis 2020 540 Mia. Betragen. Damit verbunden würden weltweit 48'000 Arbeitsplätze, in der Schweiz rund 16'000 Arbeitsplätze entstehen.”*

Weiteres Zitat aus der McKinsey-Studie: *“Durch konsequente Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden und im Transport können Treibhausgase reduziert und gleichzeitig Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz geschaffen werden.”*

Aus Seite 18 der letzten Studie: Kosten der (Nicht)Energiewende Ein Kostenvergleich; Schweizerische Energiestiftung Juni 13. Vier Erkenntnisse:

1. Ab spätestens 2040 kostet die Energiewende weniger als die Nichtwende.
2. Je weiter man in die Zukunft schaut, desto rentabler wird die Energiewende.
3. Bei höheren Preisen rentiert die Energiewende sofort
4. Mit mehr Suffizienz rentiert sich die Energiewende noch schneller. Die Energiewende macht die Schweiz unabhängiger und halbiert die Kosten für Energieträgerimporte.

2. Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012:

Gerne verwende ich hier die Ausführung von Urs Capaul/Stadtökologe zur Vorstellung der von ihm erarbeiteten Vorlage in der 1. Kommissionssitzung:

Zu den Strategien: Es werden drei Strategien verfolgt:

1. Effizienzmassnahmen: Es geht darum, möglichst wenig Energie zu verbrauchen, denn die eingesparte Energie ist die günstigste Energie.
2. Substitution: Die heutigen fossilen Energien - dies sind mit über 80 % der grösste Teil in Schaffhausen - sollen durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Das Wasserkraftwerk am Rhein unterstützt uns in dieser Zielsetzung sehr.
3. Suffizienz: Energie soll möglichst sinnvoll eingesetzt werden. Suffizienz bedeutet eigentlich Genügsamkeit. Beispielsweise muss man hinterfragen, ob wir in Schaffhausen tatsächlich 55 m² Wohnfläche pro Person brauchen oder ob auch 43 m² reichen wie in Zürich. (Dies ist eine Bemerkung des Stadtökologen und sicher nicht Teil der Vorlage. Wir schreiben niemandem per Verfassung vor, auf wie vielen Quadratmetern er leben muss).

2000-Watt ist ein Konzept mit sehr viel Unbekannten und vielen Entwicklungen. Die Technologien im Energiebereich entwickeln sich derzeit sehr schnell.

Dementsprechend kann in der Vorlage nicht alles vorausgesehen werden. Angaben, die über 2050 hinausgehen, wären Kaffeesatzleserei.

Die Umsetzungshilfe 2000-Watt ist bis heute eher ein theoretisches Konzept: Es gibt verschiedene Forschungen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen: Zum Beispiel die Energieforschung der Stadt Zürich mit dem 2000-Watt-Areal. Dieses Jahr hat der Architektenverband mit der SIA Norm 2040 das Thema aufgegriffen

Im Projekt Interreg werden Kommunikationshilfen überregional unter 10 Städten in der Schweiz, Deutschland und Österreich erarbeitet. Die Stadt Schaffhausen ist daran auch beteiligt. Im Städteverband wurde das Projekt Transformation gestartet. Darin wird die Frage behandelt, wie man in die Richtung der 2000-Watt-Gesellschaft mit den Teilprojekten Wärme, Strom, Mobilität und Bildung gelangen kann.

Wir sehen, es braucht ein breites Massnahmenspektrum, um effektiv in diese Richtung zukommen.

Energiestadt: Ab 2014 soll die Energiestadt vermehrt die 2000-Watt-Gesellschaft im Auftrag der Energie für Gemeinden fördern. Das ist eine Institution des Bundes, beziehungsweise des BFE. Ich lese kurz aus dem Jahresbericht vor:

„Die Kommunen nutzen ihren energiepolitischen Handlungsspielraum oft noch zu wenig. Sie sollen ihre Möglichkeiten besser ausschöpfen und ihre energiepolitische Vorbildfunktion konsequenter wahrnehmen. Insbesondere soll die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft auf kommunaler Ebene beschleunigt werden. Zu diesem Zweck wird die Energie Schweiz die Label Energiestadt und EEA Gold verstärkt unterstützen“.

Der Bund hat also erkannt, dass man in diesem Bereich aktiver werden muss. Energiestadt hat mit dem von der Energieforschung der Stadt Zürich übernommenen 2000-Watt-Areal neue Produkte geschaffen. Dazu gehören auch die nachhaltigen Quartiere und die Definition des Absenkpades Richtung 2000-Watt-Gesellschaft.

Der Beurteilungskatalog, mit dem wir alle vier Jahre im Reaudit überprüft werden, hat inzwischen den Absenkungspfad der 2000-Watt-Gesellschaft hinterlegt.

Gerne ergänze ich diese Ausführungen von Urs Capaul um einige Punkte: Herzstück der hervorragenden Vorlage ist der Begriff der 2000-Watt-Gesellschaft; weshalb ich diese auch kurz definieren muss. Aus der Vorlage des Stadtrats, Seite 4, Fussnote 1:

„Die 2000-Watt-Gesellschaft geht davon aus, dass jede bis heute bekannte Form von Energienutzung endliche Ressourcen beansprucht und mit Belastungen für Natur und Umwelt verbunden ist. Die 2000-Watt-Gesellschaft setzt das Vorsorgeprinzip um, und ist damit die Antwort auf die Risiken in den Bereichen Versorgungssicherheit, Klimaänderung und Umwelt. Konkret steht gemäss dieser Vision jeder Person 2000-Watt-Dauerleistung in Form von Primärenergie zur Verfügung. Davon sind 1500 Watt durch erneuerbare Energien und maximal 500 Watt durch fossile Brennstoffe abzudecken. Diese 500 Watt an fossilen Brennstoffen entsprechen einer Obergrenze von 1 Tonne CO₂ pro Kopf der Bevölkerung.“

Nach der Theorie die Praxis: Da die Definition nicht ganz einfach zu verstehen ist, bringe ich folgende Metapher an: Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein Marathon, den man nicht immer gewinnen kann. Wir befinden uns von den gesamthaft 42,5

Kilometern auf dem ersten Kilometer. Das zu erreichende Ziel muss sein:

- Die Energieversorgung ist langfristig aufrecht zu erhalten.
- Wettbewerbsfähige Energiepreise sind zu gewährleisten.
- Die nicht erneuerbaren Energien (inklusive Kernenergie) sind durch erneuerbare Energien zu substituieren.
- Die Abhängigkeit von unsicheren Energielieferanten ist zu vermindern.
- Die regionale Volkswirtschaft ist zu stärken.
- Eine regionale klima- und umweltverträgliche Energieversorgung ist aufzubauen.

Ausserdem setzt der Stadtrat dem Ende des Marathons einen realistischen Zeithorizont: Das Ziel soll 2080 erreicht werden. Dies ist sehr weit weg - ich werde dies wahrscheinlich nicht mehr erleben. Man kann daher von der Zeitdauer und der Bedeutung durchaus von einer Jahrhundertvorlage sprechen.

Langfristige Ziele und Nutzen für die Stadt:

- Die Region deckt ihren Energiebedarf so weit möglich und sinnvoll aus eigenen erneuerbaren Quellen und reduziert damit die Abhängigkeit.
- Die regionale Volkswirtschaft wird gestärkt, denn die Energieausgaben (fast CHF 140 Mio. pro Jahr) verbleiben in weit höherem Mass in der Region; der Kapitalexport in die Energieförderungen sinkt. Die regionale Wertschöpfung bleibt erhalten.
- Positive Rückkopplungseffekte führen zu einer Erhöhung des volkswirtschaftlichen Nutzens
- Die öffentliche Hand profitiert von einem zusätzlichen Steueraufkommen (Arbeit in der Region generiert Steuererträge).
- Die Kosten für die fossilen Energieträger sowie für Strom dürften zukünftig steigen, und damit werden die heute noch teureren erneuerbaren Energien konkurrenzfähig.
- Investitionen in erneuerbare Energien sind für private und öffentliche Investoren nachhaltige Geldanlagen.

Der Zielpfad der stadträtlichen Vorlage: Der Zielpfad wird im Kapitel 10 der stadträtlichen Vorlage auf Seite 24 und 25 erläutert. Details dazu entnehmen Sie bitte der Vorlage. Das Ziel soll dann eben im Jahre 2080 die 2000-Watt-Gesellschaft sein.

Die Massnahmen: Der mögliche direkte Beitrag der Stadt Schaffhausen an das Gesamtziel ist mit etwa 25% am Gesamttotal der Wirkung erwartungsgemäss limitiert. Die wesentlichen Rahmenbedingungen werden auf eidgenössischer und kantonaler Ebene festgelegt. Die Stadt kann aber angesichts der sich bei der Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft stellenden Herausforderungen einen wichtigen Teilbeitrag leisten.

Auf den Seiten 25 - 29 der Vorlage werden interessante Leuchttürme aufgezeigt. Sehr interessante Ideen, auf die ich nicht näher eingehen werde, da sie nicht Teil der SPK-Anträge sind. Bevor solche Projekte aufgelegt werden, muss das Volk zur Grundlage, das heisst zum Fundament, Ja sagen, nämlich zum Artikel 2bis der Stadtverfassung.

Die Massnahmen der SPK-Vorlage kann man also unterteilen in:
Bestehendes weiterführen: Antrag 4 nach SPK-Vorlage.

Neues: Antrag 3 nach SPK-Vorlage: Kernenergieausstieg der Stadtverwaltung.

Antrag 5 nach SPK-Vorlage: Die Sanierung der stadteigenen Liegenschaften mit mindestens 1.6% des Gebäudeversicherungswertes.

Antrag 6 nach SPK-Vorlage:

- b) Ausstieg der Stadtverwaltung aus der Kernenergie (Bezug von Ökostrom aus möglichst lokaler Produktion): Wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 140'000.--
- c) Verwendung der CO₂-Rückerstattungen (Konto 3202.441.004) für die beschleunigte energetische Sanierung der stadteigenen Liegenschaften (Ertrag 2009 und 2010 je rund CHF 100'000.--, 2011 rund CHF 60'000.--)
- d) Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit: wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 15'000.-- für die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit anderen Städten

Alle Anträge Stadtrat und SPK: Was eine Vorlage will, steht naturgemäss in den Anträgen, welche ich Ihnen an dieser Stelle gerne erläutere. Der Einfachheit halber bringe ich hier auch die Beweggründe und Abänderungen der SPK gleich mit ein. Es wird noch minime Änderungen geben; aber ich bleibe noch bei den alten Varianten, weil diese von der SPK so genehmigt wurden. Die kleinen Anpassungen werde ich Ihnen am Schluss noch bekanntgeben:

Antrag 1 Stadtrat:

"Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Ziel eines langfristigen Umbaus des Energiesystems in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft und vom Absenkpfad mit den Zwischenzielen bezüglich Energieverbrauch und CO₂-Emissionen."

Dieser Antrag wird von der SPK unverändert übernommen und folgendermassen angenommen: Zustimmung: 10 Stimmen, Ablehnung: 0 Stimmen, Enthaltung: 1 Stimme.

Antrag 2 Stadtrat:

"Die Stadtverfassung vom 25. September 2011 wird wie folgt ergänzt:

Art. 2a 2000-Watt-Gesellschaft

¹Die Stadt setzt sich im Rahmen ihrer Mittel und Zuständigkeiten ein für das Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, insbesondere für

d) die Reduktion des durchschnittlichen jährlichen Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin und Einwohner,

e) die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr,

f) die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien. "

Dieser Antrag wird von der SPK unverändert übernommen und folgendermassen angenommen: Zustimmung: 6 Stimmen, Ablehnung: 4 Stimmen, Enthaltung: 1 Stimme.

Antrag 3 SPK:

Der Kernenergieausstieg der Stadtverwaltung erfolgt einerseits durch den Bezug von möglichst lokal produziertem Strom aus erneuerbaren Energien und andererseits durch den Zubau von Solarstromanlagen und anderen erneuerbaren Energien auf städtischen Liegenschaften sowie durch Beteiligungen an erneuerbaren Stromproduktionsanlagen (Rahmenkredit Städtische Werke).

Dieser Antrag wurde im fett gedruckten Bericht der SPK-Vorlage leicht modifiziert. Grund der Abänderung: Die Idee ist der Bezug von Cleansolution-Strom von SH POWER. Damit wäre das Anliegen erfüllt. Sukzessive wird der Bezug dann mit neuen erneuerbaren Energien aus Anlagen in der Stadt ergänzt.

Dieser Antrag wurde angenommen: Zustimmung: 6 Stimmen, Ablehnung: 3 Stimmen, Enthaltung: 2 Stimmen.

Antrag 4 SPK:

Das bisherige Förderprogramm der Stadt Schaffhausen (Konto 6231.366.205) soll in Zusammenarbeit mit dem Kanton weitergeführt werden.

Der Antrag 4 der Vorlage des Stadtrats wurde leicht modifiziert und der Begriff: *“mit heutigen Schwerpunkten”* gestrichen. Zustimmung: 6 Stimmen, Ablehnung: 2 Stimmen, Enthaltung: 3 Stimmen.

Antrag 5 SPK:

Die Sanierung der stadteigenen Liegenschaften ist basierend auf dem jeweils aktuellen Gebäudestandard der Energiestädte mittels jährlicher Budgettranchen, die sich am Richtwert von mindestens 1.6% des Gebäudeversicherungswertes orientieren, voranzutreiben.

Die SPK kam auf Input von Dr. Katrin Bernath von den CHF 2 bis 4 Mio. weg, und einigte sich indessen auf die 1.6% des Gebäudeversicherungswertes. Till Hardmeier wollte sich mit einem Prozent begnügen (keine Abstimmung); die AL wollte mit 2,2% mehr, unterlag aber in der Abstimmung. In Zahlen: 1.6% sind rund CHF 1.15 Mio. mehr pro Jahr als bisher. Die SPK hat massiv eingespart. Wir müssen beachten, dass diese Summen die Gesamtbeträge für Sanierungen sind und nicht nur die energetischen Massnahmen. Zustimmung: 8 Stimmen; Ablehnung: 3 Stimmen, Enthaltung: 0 Stimmen.

Antrag 6:

- a) Förderprogramm und Aktionen: wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 30'000.-- an die kantonale Energiefachstelle für die Beurteilung der Fördergesuche.

Keine Anpassung durch SPK. Resultat ein Patt mit 5 Stimmen zu 5 Stimmen, Zustimmung mit Stichentscheid des SPK-Präsidenten.

- b) Ausstieg der Stadtverwaltung aus der Kernenergie (Bezug von Ökostrom aus möglichst lokaler Produktion): wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 140'000.--.

Inhaltliche Anpassung an Antrag 3 durch die SPK. Zustimmung: 6 Stimmen, Ablehnung: 4 Stimmen, Enthaltung: 1 Stimme.

- c) Verwendung der CO₂-Rückerstattungen (Konto 3202.441.004) für die beschleunigte energetische Sanierung der stadteigenen Liegenschaften (Ertrag 2009 und 2010 je rund CHF 100'000.--, 2011 rund CHF 60'000.--).

Keine Anpassung durch SPK. Zustimmung: 6 Stimmen, Ablehnung: 4 Stimmen, Enthaltung: 1 Stimme.

- d) Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit: wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 15'000.-- für die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit anderen Städten.

Keine Anpassung durch SPK. Resultat ein Patt mit 5 Stimmen zu 5 Stimmen,

Zustimmung mit Stichentscheid des SPK-Präsidenten.

- e) Einmaliger Projekt- und Startkredit von CHF 500'000.-- für die Projektierung erster Leuchtturmprojekte.

Antrag 6e wird einstimmig gestrichen. Grund: Zu unbestimmt. Es wird vom Stadtrat eine eigene Vorlage erwartet. Der Ball liegt nun wieder beim Stadtrat.

Antrag 7 Stadtrat:

Die Mittel für die zusätzlichen Ressourcen (intern und/oder extern) für die Planung, Begleitung und Umsetzung in der Höhe von jährlich rund CHF 150'000.-- sowie zur Planung und Begleitung der Sanierung der städtischen Liegenschaften in der Höhe von CHF 120'000.-- werden ins Budget aufgenommen.

Auch der Antrag 7alt nach stadträtlicher Vorlage wurde gestrichen. Die SPK war einstimmig der Meinung, dass Antrag 5 der SPK-Vorlage auch so umgesetzt werden kann. Gemäss Aussage von SR Dr. Raphaël Rohner sei die fachliche Kompetenz vorhanden.

Antrag 7 SPK neu:

Der Stadtrat informiert den Grossen Stadtrat im Rahmen der Ökobilanz über den Zwischenstand hinsichtlich Zielerreichung und Umsetzung von Massnahmen.

Zustimmung: 7 Stimmen, Ablehnung: 2 Stimmen, Enthaltung: 2 Stimmen.

Antrag 8:

Folgende Motionen und Postulate werden abgeschrieben:

- Motion Peter Neukomm (erheblich erklärt am 30.10.2007): Energie- und Klimaschutzkonzept für eine Trendwende in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft (gestützt auf Ziff. 1 und 2 dieses Beschlusses)
- Motion Urs Tanner (erheblich erklärt am 02.06.2009): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie (gestützt auf Ziff. 1 und 3 dieses Beschlusses)
- Postulat Peter Neukomm (erheblich erklärt am 02.04.2008): Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen (gestützt auf Ziff. 4 dieses Beschlusses)
- Postulat Christine Thommen (erheblich erklärt am 16.11.2010): Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen (gestützt auf Ziff. 1ff. dieses Beschlusses).

Abstimmungsergebnisse SPK:

Motion Neukomm: Zustimmung: 11 Stimmen, Ablehnung/Enthaltung: 0 Stimmen

Motion Tanner: Zustimmung: 10 Stimmen, Ablehnung: 0 Stimmen, Enthaltung: 1 Stimme

Postulat Neukomm: Zustimmung: 11 Stimmen, Ablehnung/Enthaltung: 0 Stimmen

Postulat Thommen Zustimmung: 8 Stimmen, Ablehnung: 1 Stimme, Enthaltung: 2 Stimmen.

Motion Christian Hablützel (erheblich erklärt am 3. Juni 2003): Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll Benken:

Die Motion Hablützel wird einstimmig aus der Vorlage herausgenommen und soll im zukünftigen Bericht über die hängigen Motionen und Postulate (2015) behandelt werden.

Antrag 9:

Ziff. 2 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 10 lit. a der Stadtverfassung dem

obligatorischen Referendum.

Wird von der SPK unverändert einstimmig angenommen

Antrag 10:

Ziff. 6 lit. b und c dieses Beschlusses unterstehen nach Art. 25 lit. f der Stadtverfassung je einzeln dem fakultativen Referendum.

Wird von der SPK unverändert einstimmig angenommen

3. Kommissionsarbeit

Grundsätzlich herrschte Zustimmung zum Atomausstieg:

- Thomas Hauser (FDP): 1. Sitzung, Protokoll Seite 7: *"Unser Ziel ist es, in den nächsten 10 bis 12 Jahren etwas zu realisieren, mit dem eigenen regenerativen Strom die Versorgungssicherheit sicher zu stellen und aus der Atomenergie auszusteigen."*
- Beat Brunner (EDU): *"Die EDU unterstützt den Atomausstieg, aber nicht mit dieser Vorlage."*
- Hansueli Scheck (SVP): *"Wir wollen aus der Atomenergie aussteigen, das ist politisch beschlossen, dann brauchen wir auch kurzfristige Lösungen."*

Abstimmung:

Für Eintreten: CVP, OeBS, AL, JUSO und SP

Gegen Eintreten: FDV und SVP mit einer Enthaltung

Argumente dafür werde ich Ihnen nicht erläutern müssen. Aus den Kreisen der Befürworter stammen ja die Vorstösse; die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Vorlage wird anerkannt.

Argumente dagegen versuche ich, auf einen Kurznenner zu bringen: Die Kollegen auf der Gegenseite werden Ihnen dies sicher noch besser und ausführlicher erklären können.

Kurzfassung:

Die Massnahmen sind zu wenig konkret oder zu teuer und die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft nicht realistisch. Es fehlen kurzfristige Massnahmen.

1. Sitzung:

An der ersten Sitzung viel Unterstützung, viel Kritik, ein sichtlich erschütterter Stadtpräsident. Schlussendlich trotzdem Eintreten mit 5 Stimmen zu 4 Stimmen, bei einer Enthaltung.

2. Sitzung:

In der Detailberatung wird auf die Probleme der Biogasproduktion von Alfred Tappolet, aber auch auf deren Chancen von Dr. Katrin Bernath hingewiesen. Smart Meter und smart grid wird definiert. Es wird erkannt, dass wir für Oberflächengeothermie geeignet sind, aber nicht für Tiefengeothermie.

Alfred Tappolet weist auf Vorteile der Klimaerwärmung hin und der Stadtökologie sinniert über die Gebäudebewirtschaftung: *"Die Nachhaltigkeit der Gebäudebewirtschaftung muss beachtet werden. Laut Untersuchungen der ETH Zürich und des Kantons Bern sollten jährlich etwa 1.6 bis 3% des*

Gebäudeversicherungswertes in Unterhaltsmassnahmen gesteckt werden, um die Werterhaltung sicherzustellen. In Schaffhausen sind Gebäude mit einem Versicherungswert von CHF 550 Mio. in öffentlicher Hand. Von den notwendigen Unterhaltsaufwendungen geben wir derzeit nur die Hälfte aus. Das heisst, wir leben im Gebäudebereich seit Jahrzehnten von der Substanz.“

3. Sitzung:

Die Detailberatung zu Kapitel 4: Wir erfahren, dass jedes städtische Gebäude eine Energiebuchhaltung besitzt. Till Hardmeier findet den Zeithorizont zu lang. Urs Capaul weist darauf hin, dass in der EU ab 2019 Nullenergiehäuser vorgeschrieben seien. Oft und viel erörtert wird der Höherstau des Rheins, nach kantonaler Abstimmung muss man das Thema nicht mehr vertiefen.

Zur Speichertechnologie: Herbert Bolli (StWSN): *“Es ist unerlässlich, dass die Speichertechnologie weiterentwickelt wird. Dazu gehört auch die Technik „Power to Gas“. Damit kann aus überschüssiger Sonnen- und Windenergie synthetisches Gas (SNG) erzeugt und ins Erdgasnetz eingespeist werden. Daraus kann später wieder in WKK-Anlagen Strom produziert werden.“*

4. Sitzung:

Besichtigung der vorbildlichen Nullenergiesiedlung Eulachhof in Winterthur. Vortrag von Beat Meier: Oil of Winterthur, das wirtschaftliche Potential der Energiewende für Winterthur.

5. Sitzung:

Wichtiges aus dieser Sitzung von der OeBS:

Thomas Feurer (Stadtpräsident): *“Die ganze Energiewende basiert auf diesem offenen Konzept aus Prüfen und Freiwilligkeit. Derzeit können wir mit Freiwilligkeit einen enormen Schub in Sachen Energiesparen erreichen. Schwieriger wird es gegen Schluss, wenn viele der Möglichkeiten ausgeschöpft sind, und dies wird dann vor allem die nachfolgenden Generationen betreffen und einschneidendere Massnahmen erfordern.“*

Dr. Katrin Bernath (GLP): *“Ich bin froh, dass in der Vorlage nicht zu viele Massnahmen enthalten sind. Es gilt nicht das Prinzip „hoffen“ sondern „offen“.“*

An dieser Stelle wird der Kommissionspräsident in seinen Ausführungen unterbrochen.

Hermann Schlatter (SVP) stellt folgenden Ordnungsantrag:

“Es ist uns fremd, dass aus den SPK-Protokollen namentlich zitiert wird. Ich verweise auf die GO Art. 28, dass SPK-Protokolle vertraulich sind. Ich bitte den Kommissionssprecher, sich daran zu halten.“

Wiederaufnahme der Ausführungen des Kommissionspräsidenten Urs Tanner (SP):

“Ich werde keine Zitate mehr präsentieren. Aber mich darf ich zitieren: “Es ist unerlässlich, dass wir uns das Klimaschutz- und Energiekonzept im Detail anschauen. Der Charme der Vorlage ist es, dass sie sehr liberal gehalten ist, es wird niemand mit konkreten Vorschriften zu etwas gezwungen.“

Quer durch alle Parteien bestand die Erkenntnis, dass heute Kompromisse bei Denkmal- und Naturschutz möglich sind. Es werden von der rechten Seite Bedenken geäussert, dass Sanierungen nur mit Steuererhöhungen möglich und deshalb abzulehnen seien.

6. Sitzung:

Die Diskussion "Klimaerwärmung gut oder schlecht" wird nur mit einem Zitat von der rechten Seite kommentiert: *"Es macht keinen Sinn, sich über diese Themen zu unterhalten. Wir müssen uns auf die konkreten Angelegenheiten hier vor Ort kümmern."*

Thema Minergie: Stadtrat und Stadtpräsident Thomas Feurer: *"Es werden keine Vorschriften für Minergie in die Verfassung aufgenommen."* Dies ist logisch. Und ich glaube auch nicht, dass der Stadtpräsident nicht zu dieser Aussage steht, die er ja sowieso auch öffentlich abgibt.

Bevor der Unmut zu gross wird - und ich hoffe doch, dass wir bei der Vorlage bleiben - kommen wir zur 7. und letzten Sitzung:

7. Sitzung:

In der letzten Sitzung wurde über die Anträge abgestimmt, welche ich Ihnen eingehend oben geschildert habe. Kompromissfähigkeit hat die Mitte bis Links bewiesen. Die Vorlage des Stadtrats wurde um CHF 770'000.-- billiger, weil man den ursprünglichen Antrag 6e und 7 gestrichen hat. Anstelle von CHF 2 bis 4 Mio. wurden 1,6% eingesetzt, was CHF 1,15 Mio. ausmacht.

Ich danke AL, CVP, OeBS, GLP, EVP, JUSO und SP für Ihre Unterstützung. Der SVP, FDP, EDU und JFSH für ihre sehr konstruktive Kritik und ihre sehr aktive Mitarbeit. Unterschiedliche Sichtweisen sind erlaubt, deshalb haben wir auch solche Spezialkommissionen.

Abstimmung:

Wir werden eine Volksabstimmung haben, was auch aufgrund des Art. 2bis richtig und wichtig ist. In der letzten Zeit hatten wir eine mit 70% sehr grosse Zustimmung des Volkes zum 25-Millionen-Kredit.

Dank gebührt der ganzen SPK für eine grosse Vorlage; speziell danke ich Herbert Bolli, Urs Capaul, SR Dr. Raphaël Rohner und Stadtpräsident Thomas Feurer, aber auch demjenigen, der die härteste Rolle hat, nämlich viel schreiben und nicht reden zu dürfen, dem Protokollführer Stefan Mayer für seine ausgezeichneten Protokolle. "

Walter Hotz (SVP)

Votum

"Wir sprechen bei dieser Vorlage über neue Energie- und Klimakonzepte im Zusammenhang für eine Trendwende in Richtung einer 2000-Watt-Gesellschaft. Ich möchte dazu Art. 36 der GO vorlesen. Dabei geht es um den Ausstand. Denn ich bin der Meinung, dass unsere Grossstadträtin Dr. Katrin Bernath in den Ausstand treten muss. Die Begründung werde ich noch erläutern.

Art. 36: Mitglieder, welche durch einen Verhandlungsgegenstand privatrechtlich oder sonst unmittelbar persönlich betroffen werden oder zu Beteiligten im Verwandtschafts- beziehungsweise Schwägerschaftsverhältnis der auf- oder absteigenden Linie oder der Seitenlinie stehen, bei der letzteren bis und mit zum zweiten Grad, oder mit

Beteiligten in eingetragener Partnerschaft leben, ebenso Mitglieder von Verwaltungsorganen, Erwerbsgesellschaften, zum Beispiel Direktoren und Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften, haben bei den betreffenden Verhandlungen oder Beschlussfassungen den Ausstand zu nehmen.

Ich bin der Meinung, dass Dr. Katrin Bernath mit ihrer Firma Randensaft Energiegenossenschaft (vor allem hinsichtlich des Zwecks, der im Auszug des Handelsregisters nachzulesen ist) unmittelbar von den heute zu behandelnden Fragen betreffend erneuerbare Energieträger zur 2000-Watt-Gesellschaft betroffen ist. Die Stadt hat gemeinsam mit der Randensaft Energiegenossenschaft eine Pressemitteilung herausgegeben, auf der das Logo der Stadt und das Logo der Energiegenossenschaft zu sehen sind. Ich finde es nichts als Recht, wenn Sie in den Ausstand treten. Nehmen Sie sich ein Beispiel an den Stadtschulräten, die bei der kleinsten Frage in den Ausstand treten. Deshalb stelle ich an dieser Stelle den Antrag, dass Dr. Katrin Bernath in den Ausstand treten muss. "

Ratspräsident Georg Merz (OeBS) stellt sich die Frage, ob eine Genossenschaft eine Erwerbsgesellschaft sei.

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Ich bin, wie vermutlich die meisten Anwesenden in diesem Saal, überrascht von diesem Antrag. Juristisch kann ich es nicht beurteilen. Aber wer hat Angst vor Dr. Katrin Bernath? Entscheiden Sie jetzt, was Sie tun müssen oder wollen. Vermutlich kann das Dr. Katrin Bernath sogar selber entscheiden. Für mich ist klar: Im Wahlkampf wird Dr. Katrin Bernath mit ihrem grossen Wissen gewinnen, was offensichtlich Angst macht. "

Peter Möller (SP)

Votum

"Wir machen heute keinen wirklichen Wahlkampf. Walter Hotz hat bei der Ausstandsregelung etwas missverstanden, was leicht passieren kann. Nur weil eine Person in einer Firma beteiligt ist, die sich mit Energiefragen auseinandersetzt, heisst dies noch lange nicht, dass sie nicht über die zukünftige Energiepolitik dieser Stadt bestimmen und stimmen soll. Sonst müssen wir das Thema grundsätzlich viel weiter fassen; denn alle Personen, die zum Beispiel mit dem Heizungs- oder Baugewerbe zu tun haben oder sich mit Sanierungen befassen, hätten in dem Fall den Ausstand zu nehmen. Aber hier geht es nicht um die direkte Vergabe von Aufträgen, sondern um die *generelle* Energiepolitik. Es geht im weitesten Sinn um die Kompetenzen von Dr. Katrin Bernath, und um nichts mehr. Eine direkte Betroffenheit vermag ich nicht zu erkennen. Ansonsten müssten wir das Mitgliederverzeichnis nochmals näher anschauen. "

Dr. Katrin Bernath (GLP)

Votum

"Ich bin selbst etwas überrascht, kann aber nachvollziehen, dass jemand das Gefühl hat, ein Ratsmitglied müsse in den Ausstand treten, wenn man persönlich von dem profitiert, was in diesem Rat entschieden wird oder wenn man mit einer privatrechtlichen Firma davon profitiert. Ich möchte kurz erläutern, worum es bei der Firma Randensaft geht: Es ist eine Genossenschaft, die wir vor knapp einem Jahr gegründet haben. Wir haben sehr viel Zeit investiert, und zwar ohne das Ziel, uns persönlich bereichern zu wollen. Dies ist ein wichtiger Punkt. Wir sehen diese Firma als unser persönliches Engagement, dass die 2000-Watt-Gesellschaft (oder wie auch

immer energiepolitische Ziele benannt werden) nicht vom Staat, sondern eben auch aufgrund von privatem Einsatz angestossen werden soll. Konkret geht es darum, dass Photovoltaikanlagen gebaut werden sollen, wie es beispielsweise die ETAWATT macht, und zwar so, dass Leute, die wie ich in der Altstadt wohnen und deshalb nicht auf dem eigenen Dach eine Anlage bauen können, in ein solches Dach investieren können. Wir werden das erste solche Dach auf dem Dach der Velostation bauen. Es handelt sich um ein Pilotprojekt, das wir zusammen mit der Stadt in dem Sinn entwickelt haben, dass die Stadt als Vermieterin der Dachfläche auftritt, und dies zusammen mit der SBB, der das Gebäude gehört. Ich habe keine private Firma, die davon profitiert. Es handelt sich um eine Genossenschaft, die sich für ähnliche Ziele einsetzt, über die wir heute Abend auch diskutieren. Deshalb sehe ich keinen Grund, in den Ausstand treten zu müssen. "

Der **Ratspräsident** präzisiert, dass sich Dr. Katrin Bernath bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag von Walter Hotz (SVP) mit 15:8 Stimmen ab.

Till Hardmeier (JFSH)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Vielleicht kennen Sie die Amish people. Es sind streng religiöse Leute in den USA, die lange Bärte haben und alte Kleider tragen. Sie sprechen Deutsch und verweigern sich der Technologie. Das heisst, sie pflügen mit drei Pferden einscharig anstelle mit dem Traktor fünfscharig. Sie fahren in Pferdekutschen umher anstatt mit dem Auto. Für mich ist dies keine normale Lebensqualität. Vermutlich erreichen sie die 2000-Watt- und CO2-Ziele, aber das ist nicht das, was ich möchte.

Wir haben von Urs Tanner und vor einem Jahr in einem Interview von Urs Capaul gehört, dass die Suffizienz sehr wichtig ist. Dieses schön tönende Wort heisst eigentlich nichts anderes als Verzicht. Ohne Verzicht geht es nicht. Zitat aus dem Interview in den Schaffhauser Nachrichten mit Urs Capaul: *"Ohne Energie-Suffizienz - also nur so viel Energie und Ressourcen zu konsumieren, was unverzichtbar ist - ist das gesetzte Ziel jedoch nicht erreichbar. Übersetzt heisst das, Effizienz genügt nicht (neuere Geräte kaufen), sondern man muss verzichten. ... Es sind deshalb alle Menschen gefordert: Sei es beispielsweise, indem man Häuser nach Standards wie Minergie P und A baut, verbrauchsärmere Fahrzeuge erwirbt oder auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigt, regionale Nahrungsmittel kauft, wassersparende Duschbrausen benutzt sowie Recycling betreibt."*

Wenn ich heute in die Runde schaue: PET-Flaschen darf man nicht mehr gebrauchen. Die meisten tragen Baumwolle, die nicht aus regionaler Produktion stammt - diese sollte man auch nicht mehr tragen. Heute Abend besprechen wir, ob wir zurück wollen in eine Zeit, in der wir wie die Amish people mit Technologieverzicht leben, und dies möchten wir nicht.

Zusammenfassung der SPK-Sitzungen:

Wir hatten intensive Debatten, stapelweise Studien und eigentlich waren am Schluss der Debatten fast der gleichen Meinung wie am Anfang. Die Stimmung in der Fraktion: Wir hatten mehrere abendfüllende Besprechungen zusammen mit der SVP/EDU-Fraktion. Wir hatten auch Experten beigezogen, und unsere Fraktion

möchte ganz klar sagen, dass wir nicht gegen Energiesparen sind. Wir sind auch nicht gegen die erneuerbaren Energien. Aber wir sind uns auch einig, dass die Vorlage völlig übertrieben ist. Einerseits finanziell, andererseits von den Einschränkungen her. Wir möchten heute nicht unbedingt eine Atomstrom-Debatte führen, denn die Vorlage dreht sich vor allem um den Konsum, nicht so sehr um die Produktion. Wir wissen aus anderen Abstimmungen, dass genau die Parteien, die uns jetzt beim Konsum einschränken möchten, auch blockieren, wenn es zum Beispiel um die weitere Nutzung der Wasserkraft geht. Hier findet die regionale Wertschöpfung leider nicht statt.

Die 2000-Watt-Gesellschaft wurde schon vor einem Jahr langsam mit der Pressekonferenz im Energiepunkt lanciert. Eine ideologische Broschüre wurde in der SPK und an die Schulen verteilt. Darin ist nachzulesen, dass man aus alten Kinderpullis einen Rock für die Frau nähen soll - dies ist dann gutes Recycling. Es wurde viel Geld ausgegeben für die Infras-Studie, die CHF 100'000.-- kostete. Wir geben somit viel Geld aus, ohne dass das Volk darüber abstimmen konnte.

Persönliche Gedanken:

Vor einem Jahr war es ziemlich heiss, als wir die Vorlage diskutierten. Der Raum war aber so heruntergekühlt, dass es extrem kalt wurde. Wir diskutieren über Suffizienz und Effizienz, selber halten wir uns als Stadt aber nicht daran. Der zweite Punkt ist, dass der ideologische Vater der Vorlage Stadtpräsident Thomas Feuerer ist. Er will uns zum Energiesparen motivieren. Dann lese ich aber in der Presse, dass er mit seiner Frau nach Afrika fliegt, um eine Schule zu eröffnen. Für mich ist das Wasser predigen und Wein trinken.

Wir sind für Nichteintreten. Ich stelle somit Antrag auf Nichteintreten. Falls man doch eintritt, werden wir gewisse Anträge anpassen. Kernpunkt ist Antrag 2, dem wir nicht zustimmen können. Wir wollen auch, dass alles zusammengeschmolzen wird. Wenn das Volk zu dieser Verfassungspassage Nein sagt, soll man auch kein Geld ausgeben.

Begründung für das Nichteintreten:

- Energieprobleme müssen regional angeschaut werden, nicht lokal. Die ganze Produktion und auch der Konsum sind regionale Probleme und gehören nicht auf die Gemeindeebene, sondern auf Kantons- oder allenfalls Bundesebene.
- "Kannst Du jemanden nicht überzeugen, verwirre ihn." Das gilt für die Vorlage und alle Studien sowie auch für das Votum des SPK-Präsidenten. Man erhält so viele Details. Alles hört sich so gut an, aber es ist nicht auf Schaffhausen heruntergebrochen. Es wird nie gesagt, was man in Schaffhausen machen kann oder was eigentlich relevant ist.
- Der Stadtrat will Ziele für 2080 in die Stadtverfassung schreiben. Die meisten von uns werden dann leider unter dem Boden sein. Man weiss auch nicht, ob die Ziele erreichbar sind oder nicht. Dies haben wir bereits in der SPK feststellen können: Der Stadtrat kann uns nicht sagen, ob man die Ziele überhaupt erreichen kann, und er kann uns auch nicht die notwendigen Massnahmen nennen. Wenn wir aber in diese Dokumente schauen, merken wir schnell, welche Massnahmen wirklich ziehen: Neue Steuern, Verbote, Bussen und teure Fördertöpfe. Anders gesagt: Ohne Zwangsjacke wird sich niemand derart stark einschränken wollen, dass wir das Ziel überhaupt erreichen können. Vorher wurde von Urs Tanner gesagt, dass sich niemand einschränken muss. Das stimmt eben nicht - man muss sich stark einschränken, sonst werden wir das Ziel nie erreichen.
- In der Vorlage waren einmal CHF 500'000.-- für Leuchttürme enthalten - ein

Altersgeschenk von Urs Capaul, damit er ein paar schöne Projekte machen kann. Zum Glück konnten wir dies herausnehmen. Schaffhausen ist zu klein, um solche Pilotsachen zu machen.

- Experten von der ETH und vom Bund haben erkannt, dass wir das Ziel 2000-Watt nicht erreichen werden. Dies wird nicht so offen gesagt, aber man kann es nachlesen. Wir ersetzen immer mehr Menschen durch Maschinen, und dies braucht Energie. Wir werden zudem immer globaler, müssen reisen und Produkte werden hin und her geschickt.

Zusammenfassung:

Unsere Fraktion möchte künftig nicht wie die Amish people leben, und wir wollen deshalb keine ideologische Öko-Zwangsjackenpolitik. "

Martin Jung (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Nach den ausführlichen Worten von Urs Tanner kann ich mich einigermaßen kurz halten. Ich werde nur noch etwas zu den Anträgen der SPK sagen. Vorausschicken kann ich, dass die SP und AL die Vorlage selbstverständlich unterstützen werden.

Im SPK-Bericht schreibt Urs Tanner, Energiepolitik habe auch viel mit „Glauben“ zu tun. Ich muss ihm da entschieden widersprechen. Um die Massnahmen, welche nach acht SPK-Sitzungen noch übrig geblieben sind, zu unterstützen reicht „Wissen“ mit einer Prise „Wollen“.

Das Kernstück der Vorlage ist der Verfassungsartikel „2000-Watt-Gesellschaft“. Auch jenen, die sich nicht durch den Stapel von Unterlagen die der SPK zur Verfügung gestellt wurden, gepflügt haben, sollte über die letzten Jahrzehnte hinweg klar geworden sein, dass langfristig der Verbrauch von Primärenergie und fossilen Brennstoffen eingeschränkt werden muss. Die Vorlage des Stadtrates legt eine starke Betonung auf das Wort „langfristig“. Als Ziel wird „2080 oder zeitnah“ angegeben. Obwohl der Termin noch über 60 Jahre entfernt ist, lassen wir uns noch Spielraum. Und in die Verfassung wird ohnehin kein Termin geschrieben. Da heisst es noch: *„Die Stadt setzt sich im Rahmen ihrer Mittel und Zuständigkeiten ein...“* Es kann mir also niemand erzählen, dass wir uns zu viel Handlungsspielraum verbauen oder uns zu sehr festlegen. Konkrete Massnahmen hat dieser Verfassungsartikel keine zur Folge. Dennoch ist er sinnvoll und wichtig. Nachdem das Volk diesen Artikel angenommen hat, sind wir und unsere Nachfolger in Parlament und Regierung zumindest verpflichtet, uns zu rechtfertigen. Wir werden darlegen müssen, warum wir der Meinung sind, dass unsere Entscheide für oder gegen bestimmte Massnahmen im Einklang mit den in der Verfassung festgeschriebenen Zielen stehen. Das ist eine äusserst sanfte Art von Zwang. Ich empfehle Ihnen daher, sich diesem Zwang auszusetzen.

Das zweite Standbein der Vorlage ist der Ausstieg der Stadtverwaltung aus der Kernenergie. Mit dem Bezug möglichst lokal produzierten Stroms aus erneuerbaren Quellen kann die Stadt einen Ausbau des Angebots in diesem Bereich mit lokaler Wertschöpfung unterstützen und damit helfen, den unausweichlichen Ausstieg der gesamten Gesellschaft aus der Kernenergie möglichst schmerzfrei zu gestalten.

Neben Stromverbrauch und Mobilität machen Gebäude einen grossen Anteil am Energieverbrauch aus. Wie beim Stromverbrauch würde es der Stadt auch hier gut anstehen, eine Vorbildrolle einzunehmen. Leider ist eher das Gegenteil der Fall. Der städtische Gebäudepark weist einen aufgelaufenen Unterhaltsbedarf auf. Das ist allen

in diesem Saal seit längerem bekannt. Zur Behebung dieses Umstands sah die ursprüngliche Vorlage vor, die Budgetposition für den Gebäudeunterhalt, mit der auch energetische Massnahmen in Angriff genommen werden, um CHF 2 - 4 Mio. pro Jahr zu erhöhen und zusätzlich CHF 120'000.-- pro Jahr für Planung und Begleitung der Sanierungen zur Verfügung zu stellen.

In den Anträgen der SPK wurde statt eines monetären Richtwerts ein Prozentsatz der Gebäudeversicherungssumme als Richtwert eingesetzt. Mit den gewählten 1.6% bewegt sich dieser Wert allerdings am untersten Ende der von Fachkreisen empfohlenen Werte. Statt der zusätzlichen CHF 2 - 4 Mio. plus CHF 120'000.-- für Planung sind es nur noch knapp über eine Million Franken zusätzlich.

Ich bin der Meinung, dass eine Erhöhung auf das empfohlene Minimum nicht genügt, zumal ohnehin Nachholbedarf im Bereich Gebäudesanierungen besteht, und die Stadt in diesem Bereich eine Vorbildrolle einnehmen sollte und nicht nur ihre Rolle als schlechtes Beispiel ablegen soll.

Ich werde darum an der entsprechenden Stelle beantragen, den Richtwert von 1.6% auf die vom SIA empfohlenen 2.2% zu erhöhen. Dieser Wert liegt im Mittelfeld der von Fachkreisen ausgesprochenen Empfehlungen und würde wieder der in der ursprünglichen Vorlage vorgeschlagenen Erhöhung von rund CHF 4 Mio. pro Jahr entsprechen.

Beim Antrag 6e der ursprünglichen Vorlage wären wir wohl in den Bereich vorgestossen, in dem Energiepolitik zumindest für uns Laien dann doch etwas mit „Glauben“ zu tun hat. Da wäre nämlich geplant gewesen, CHF 500'000.-- für die Projektierung erster Leuchtturmprojekte bereitzustellen. Es ist tatsächlich schwer einzuschätzen, welche der dabei angedachten Massnahmen welche Wirkung entfalten würden. Aber genau deshalb sah die stadträtliche Vorlage einen einzigen Kostenrahmen für alle Massnahmen vor. Die Priorisierung wäre dann nachgeordnet von Fachleuten vorgenommen worden. Dass einige unter uns dieses Vorgehen als den Kauf einer Wundertüte empfinden, kann ich nachvollziehen.

Ich kann mich damit abfinden, dass der Antrag gestrichen wurde. Das ist allemal besser, als dass wir heute nach Gefühl und Tageslaune eine Priorisierung der verschiedenen Leuchtturmprojekte beschliessen. Nun liegt es am Stadtrat, zu entscheiden, welches Projekt er zuerst angehen will. Ich bin äusserst gespannt, ob wir die Leuchtturmprojekte noch in dieser Legislaturperiode in Form einer Vorlage wiedersehen werden.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Vorlage – obwohl sie in der SPK nochmals abgespeckt wurde – mit dem Verfassungsartikel, dem Ausstieg der Verwaltung aus der Kernenergie und der erhöhten Budgetposition für den Gebäudeunterhalt drei wichtige Punkte umfasst. Diese Vorlage verdient breite Unterstützung im Parlament und bei der Volksabstimmung. Die Unterstützung der AL hat sie. "

Beat Brunner (EDU)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

"Die SVP/EDU Fraktion hat die Vorlage genau unter die Lupe genommen. Nach zwei gemeinsamen Sitzungen mit der FDP-Fraktion dürfen wir sagen, dass wir unsere Entscheidungen gut überlegt haben und die Diskussionen recht lang und intensiv waren. Da mit der Vorlage aus dem Stadtrat eine neue Dimension in der Weichenstellung über Energie- und Umweltentscheide der Stadt Schaffhausen

entsteht, sind die Lösungen, die der Grosse Stadtrat heute entscheidet, auch für die nächsten Generationen sehr eingreifend und einschneidend. Es werden Ziele in der Vorlage genannt, die nach heutigen Erkenntnissen erst im Jahr 2080 erfüllt werden. Und wie Herr Capaul, unser Stadtökologe, in der Eröffnungsdebatte der SPK so treffend sagte: *"Bei der heutigen Entwicklung in der Energiegewinnung sind Erkenntnisse von heute morgen schon Schnee von gestern."*

Es ist uns in der Spezialkommission auch aufgefallen, dass die städtische Vorlage durch Herbert Bolli, Direktor der Städtischen Werke, und Urs Capaul, Stadtökologe, die ganze Zeit begleitet und sehr stark beeinflusst wurde. Wenn man kritische Fragen stellte oder Vorschläge, die nicht ins Konzept der Vorlage passten, wurde man heruntergeputzt. Einige Mitglieder der SPK fühlten sich deshalb mehr in Debatten der ehemaligen DDR als in einer gelebten Demokratie.

Mit der Vorlage sollten heute der nächsten Generation wichtige Entscheide für die Zukunft vorgegeben werden. Uns als bürgerliche Parteien kommt es so vor, als wolle man mit dieser Vorlage ein Statement oder Denkmal errichten, das lange nach unserer Zeit noch Bestand hat.

In der Spezialkommission hatten wir einen über 20 cm hohen Stapel Papier durchzuackern, der per Paketpost angeliefert wurde. Es ist erstaunlich, was Papier mit Druckerschwärze alles aufnimmt. Von der Charta 2000-Watt-Städte in der Bodensee-Region bis zu den Windmühlen, die Strom produzieren in der Nordsee, der leider nicht nach Süddeutschland geliefert werden kann, war alles dabei. Studie über Studie, Tabelle nach Tabelle, und zwei Monate später waren sie nicht mehr aktuell (siehe Aussage von unserem Stadtökologen). Irgendeinmal hörte ich den Spruch: *"Traue keiner Studie, die du nicht selber gefälscht hast."*

Aus diesem Grund ist unsere Fraktion für Nichteintreten auf diese „mehr als grün gefärbte Vorlage“, welche mehr oder weniger dem Parteiprogramm der grünen Parteien gleicht.

Hier noch einige Punkte zur Begründung unserer Entscheidung:

- Diese Vorlage bringt schwerwiegende und sehr teure Neuerungen auf Verfassungsebene für die Stadt Schaffhausen. Ziele, von denen wir glauben, dass sie nie und nimmer erreicht werden können. Stellen Sie sich vor, wir müssten unsere Annehmlichkeiten von heute auf den Stand von 1960 zurückschrauben. Zahlreiche Verfechter dieser Vorlage müssten dreiviertel ihres Wohnraums preisgeben, ansonsten können die Ziele, die in Antrag 2 stipuliert sind, nie und nimmer erreicht werden. Wir sind entschieden dagegen, dass diese utopischen Forderungen in der Verfassung Eingang finden.
- Die Entscheide in der Weichenstellung über Energie- und Umweltfragen sollten auf Bundesebene oder mindestens auf Kantonsebene bestimmt werden. Was bringt es, wenn wir als kleine Stadt Schaffhausen uns selbst massakrieren?
- Solange auf dem Bellevueplatz in Zürich, mitten im Sommer, Schnee für Sprungschanzen angefahren wird, die Snowboarder an grossen Events benutzen - alles verbunden mit einem immensen Energieverschleiss - und dies von Bund und Kantonen bewilligt wird, ist für mich diese Energie-Vorlage sehr fragwürdig oder nur eine Alibi-Übung. Eine Tortour mit dem ganzen Fahrzeugtross könnten Sie vergessen, ebenso ein geheiztes Hallenbad mit Aussenbereich im Winter. Wir müssten uns wieder angewöhnen, im Winter in den Häusern dicke Pullover zu tragen, und die Bettsocken hätten neue

Blütezeiten, weil die Schlafzimmer nicht mehr beheizt würden - dies alles ist wirklich undenkbar.

- Wie schon gesagt, Papier nimmt viel an, und wenn man eigentlich weiss, dass wir nie mehr den Stand von 1960 im Energieverbrauch erreichen werden, ist für mich zu viel nur Theorie. Ich wurde im Jahr 1957 geboren und kann mich als sechs Jähriger noch gut daran erinnern, dass wir samstags das Wasser im Badezimmer mit dem Holzofen erhitzen, und anschliessend badete die ganze Familie, und es wurde immer wieder frisches heisses Wasser nachgegossen. Wollen wir wieder zu diesem "Komfort" zurück? Dies war 1963.
- Wir befürworten Umweltschutz und Energiesparen sehr, aber auf freiwilliger Basis, und es muss finanziell verkraftbar sein. Auch glaube ich, dass niemand freiwillig auf den Reise- und Wohnkomfort von 1960 zurückgestuft werden will (alle E-Biker brauchen auch Strom).
- Die enorme Fehlsubventionierung der Solar- und Windenergie hat bereits dazu geführt, dass die sehr umweltfreundliche Stromgewinnung durch Wasserkraft heute fast nicht mehr kostendeckend betrieben werden kann. Folgen davon: Investitionsstopp in der Schweiz in neue Projekte der Energiegewinnung durch Wasserkraft und grosser Rückstand in Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten der bestehenden Anlagen als Folge (Antrag 3).
- Wie wir in der Fraktion durch einen Baufachmann hörten, ist der heutige Stand der Isolationstechnik an einem Punkt angelangt, der mehr Fragen als Wirkung aufwirft. Wenn wir heute ein Stück Styropor, das beliebteste Isolationsmaterial, in den Rhein werfen, wird es Jahre später unverändert an einem Strand irgendwo in der Welt angeschwemmt werden. Hiermit geben wir unserer nächsten Generation eine sehr schwere Bürde auf, denn wenn in nächster Zukunft ein besseres Isolationsmaterial auf den Markt kommt, das gut abbaubar oder wiederverwertbar ist, wohin mit dem vielen Styropor? (Betrifft Antrag 5 und Antrag 6c).

Kurz zusammengefasst:

Wie erwähnt, wird unsere Fraktion nicht auf die Vorlage eintreten. Wird trotzdem auf die Vorlage eingetreten, werden wir dafür plädieren, dass die ganz Vorlage der Volksabstimmung unterstellt wird. Nachdem die Umwelturbos ja davon überzeugt sind, dass die Volksmeinung ihnen gewiss ist, sollten sie dagegen eigentlich nichts einzuwenden haben und diesen Vorschlag unterstützen. Nur mit einer Abstimmung über alles sind wir verpflichtet, dem Volk im Rahmen der Abstimmungsbroschüre klaren Wein über die künftigen Kostenfolgen einzuschenken. "

Dr. Katrin Bernath (GLP)

OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

"Gerne gebe ich Ihnen die Stellungnahme der OeBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion bekannt. Unsere Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird den Anträgen des Stadtrates mit den Änderungen der Spezialkommission zustimmen. Die Vorlage zur Energie- und Klimapolitik erachten wir als sehr wichtig: Dies nicht deshalb, weil sie so umfangreich ist und wir ausführliche Berichte erhalten haben, welche die Grundlagen und Zusammenhänge der Energie- und Klimapolitik aufzeigen. Diese sind nicht so einfach, deshalb braucht es viel Papier.

Die Vorlage ist wichtig, weil es darum geht, wie wir unsere Energieversorgung langfristig, sicher und mit geringeren negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt sicherstellen können. Und es geht darum, dass wir wegkommen müssen von einer Energieversorgung auf Kosten zukünftiger Generationen.

In den Ausführungen von Urs Tanner haben wir schon gehört, warum ein „weiter wie

bisher“ in der Energiepolitik nicht möglich ist. Wir sind gefordert, Lösungen umzusetzen, mit denen wir

- die Energie effizienter einsetzen und damit weniger Energie brauchen,
- die nicht erneuerbaren Energieträger wie Erdöl und Uran schrittweise durch erneuerbare Energieträger wie Sonne, Holz, Wind und Wasser ersetzen,
- einerseits die negativen Auswirkungen und Risiken der Energieproduktion verringern, andererseits die Energieversorgung langfristig und ohne Verbrauch endlicher Rohstoffe sicherstellen können.

Diese Aufgabe können wir in der Stadt Schaffhausen nicht alleine lösen, aber wir können wichtige Beiträge dazu leisten. Und wie wir schon gehört haben, sind wir nicht alleine unterwegs; verschiedene Städte, Kantone und die Energiestrategie des Bundesrates gehen in die gleiche Richtung.

Ich gebe zu: Die Zielsetzung 2000-Watt-Primärenergie pro Person bis 2080 ist ziemlich abstrakt und der Zeitraum sehr lang. Das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft lässt sich aber auch ganz einfach zusammenfassen:

Es geht darum, den Primärenergieverbrauch schrittweise zu reduzieren. Es ist also gar nicht so kompliziert.

Dabei sind zwei Punkte besonders hervorzuheben:

1. Primärenergie
2. Schrittweise Absenkung

Zum 1. Punkt: Ohne nun zu stark in die Details zu gehen, möchte ich einen technischen Aspekt hervorheben, der in den Diskussionen oft vergessen wird: Die 2000-Watt beziehen sich auf die Primärenergie. Dies ist die Energie, die es insgesamt braucht, bis wir zum Beispiel Licht haben oder das Auto fährt. Das heisst, wenn wir den Primärenergieverbrauch reduzieren wollen, können wir an verschiedenen Punkten ansetzen:

1. Bei der Gewinnung der Rohstoffe, beispielsweise Erdölförderung.
2. Bei der Umwandlung der Rohstoffe in Endenergie, das heisst in die Energie, die in unser Haus oder in den Tank geliefert wird.
3. Bei der Umwandlung der Endenergie in die Nutzenergie, das heisst beispielsweise von elektrischem Strom in Licht oder Bewegung.
4. Und schliesslich auch bei der Substitution von Energieträgern: Wird zum Beispiel Atomstrom durch Solarstrom ersetzt, wird der Primärenergieverbrauch um fast zwei Drittel reduziert. Deshalb geht es in dieser Vorlage eben nicht nur um den Energiekonsum, sondern auch um die Produktion.

Wenn wir an allen diesen Punkten ansetzen, besteht ein sehr grosses Potenzial, den Primärenergieverbrauch zu senken – und dies ohne die von den Gegnern befürchteten „Öko-Zwangsjacken“ oder dass sie sich in Jute-Säcke kleiden müssen oder ein Zurück in die 60er-Jahre fürchten müssten.

Zum 2. Punkt: Die Reduktion des Primärenergiebedarfs und der CO₂-Emissionen soll schrittweise erfolgen. Durch die in der Vorlage genannten Zwischenziele wird ein sogenannter Absenkpfad festgelegt. Während also die Ziele bis 2080 aus heutiger Sicht noch sehr weit weg und zugegebenermassen ambitioniert erscheinen, ist das

Zwischenziel für 2020 fassbar und mit heute verfügbaren Technologien erreichbar. Auch aus wirtschaftlicher Sicht sprechen verschiedenen Argumente dafür, den Weg Richtung 2000-Watt-Gesellschaft einzuschlagen:

- Der Anteil der regionalen Wertschöpfung ist bei den erneuerbaren Energien deutlich höher,
- das lokale Gewerbe profitiert von Aufträgen bei der energetischen Sanierung von Gebäuden und
- innovative Unternehmen können mit energieeffizienten Technologien neue Absatzmärkte erschliessen.

Ich bin froh, dass diese Chancen in breiten Teilen der Wirtschaft bereits erkannt worden sind. So auch bei Wirtschafts- und Gewerbeverbänden, wie dem Gebäudetechnikverband, wie folgendes Zitat zeigt: *„Bei sämtlichen Bauvorhaben sind wir, die Gebäudetechniker, in allen Wertschöpfungsstufen in der Pflicht, Einfluss zu nehmen und zukunftsgerichtete energetische Lösungen zu finden. Damit sind wir der unumgängliche Partner für die konkrete Umsetzung der Energiewende.“*

Dass sich gerade die Parteien, die als Vertreter der Wirtschaft und des Gewerbes auftreten, diesen Entwicklungen verschliessen, kann ich nicht verstehen. Nachdem die FDP das Kernthema „Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ als entscheidend für das Vorwärtstommen in Schaffhausen propagiert hat, würde ich auch eine vorwärtsgerichtete Strategie und klare Zielsetzungen erwarten. Stattdessen werden in der heutigen Stellungnahme in den Schaffhauser Nachrichten Behauptungen aufgestellt, die ich so nicht stehen lassen kann:

1. Niemand fordert, dass historische Altstadthäuser auf Minergiestandard zu heben und Solarpanels auf alle Dächer zu schrauben sind.
2. Die Aussage, dass in Minergie-Gebäuden die Fenster nicht geöffnet werden können, ist immer wieder zu hören, aber schlicht falsch.
3. Bei den CHF 2 - 4 Mio. für Gebäudesanierungen geht es nicht um Beiträge an Sanierungen, wie heute in der Zeitung zu lesen ist, sondern um den Werterhalt der eigenen städtischen Gebäude. Mit einem Richtwert von 1.6% des Gebäudeversicherungswertes, der jährlich in Sanierungen (wohlgemerkt nicht nur energetische Massnahmen) investiert werden soll, wird in Fachkreisen als untere Limite genannt.

Wenn wir den Unterhalt der Gebäude vernachlässigen, sind dies Schulden gegenüber zukünftigen Generationen. Alle Hauseigentümer unter Ihnen wissen, dass man regelmässig investieren muss, um den Wert eines Gebäudes zu erhalten. Auf diesen Punkt werden wir bei den einzelnen Anträgen noch einmal zurückkommen.

Das Argument von höheren Kosten für die Stadt gilt nur mit einer sehr kurzfristigen Sichtweise. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, zahlen sich Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbaren Energien aus. Und die Stadt sollte ja auch ebenso eine längerfristige Perspektive und an zukünftige Generationen denken. Es braucht aber am Anfang Investitionen, damit anschliessend Energie und Kosten eingespart werden können beziehungsweise Energie produziert und Einnahmen generiert werden können.

Zum Schluss des Eintretensvotums möchte ich zwei zentrale Punkte hervorheben:

1. Mit der Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Stadtverfassung wird die energie- und klimapolitische Richtung in Übereinstimmung mit kantonalen

und nationalen Zielen festgelegt. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für stabile Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Bevölkerung.

2. Da es sich um ein sehr langfristiges Ziel handelt, braucht es Zwischenziele und ein Controlling zur Zielerreichung. Mit dem in der Kommission neu formulierten Antrag 7 wird sichergestellt, dass auch das Parlament regelmässig darüber informiert wird, ob und mit welchen Massnahmen die Zwischenziele erreicht werden. Wir haben Gelegenheit, hier korrigierend einzugreifen.

Wir werden auf die Vorlage, mit der verschiedene Aufträge aus dem Parlament umgesetzt werden, eintreten. "

Stadtpräsident Thomas Feurer

Stellungnahme des Stadtrats

"Der Stadtrat hat Ihnen nicht eine Vorlage vorgelegt, weil er primär sich oder die Leute in der Verwaltung beschäftigen wollte, sondern er hat vier Aufträge von diesem Parlament erhalten und zwar in Form von Motionen und Postulaten, die teilweise sehr deutlich erheblich erklärt beziehungsweise überwiesen wurden. Diesem Auftrag ist der Stadtrat nachgekommen, und zwar zu einer Zeit, in der noch nicht so viel bekannt war wie heute. Wir sprechen von einem Zeitabstand von rund sechs Jahren. Im Jahr 2007 wurde der erste Vorstoss überwiesen. Ich weiss auch, dass nicht mehr alle, die damals in diesem Rat waren, heute dabei sind. Wenn Sie die Deutlichkeit der Überweisung anschauen, kann man sicher nicht davon ausgehen, dass dies etwas mit einem ideologisch verblendeten Stadtrat zu tun hat, der die ganze Stadt in ein Amish-Land verwandeln möchte. Dies möchte ich weder Ihnen, Till Hardmeier, noch mir oder der Stadtbevölkerung zumuten.

Wir sind heute an einem ganz anderen Punkt angelangt. Gleichzeitig haben Sie gesagt, dass der Suffizienzgedanke quasi wie ein Damoklesschwert über dieser Vorlage hängt. Ich habe davon nicht sehr viel gelesen. Wo haben Sie diese prominente Suffizienz entdeckt? Wir wissen auch, dass Strafmassnahmen nicht nur in diesem Bereich keine Erfolge zeitigen. Wir müssen die Leute mit Dingen gewinnen, die ihre Portemonnaies schonen, gleichzeitig die Lebensqualität erhalten oder sogar noch erhöhen. Diese Linie zieht sich wie ein roter Faden durch die Vorlage. Ich möchte dafür plädieren, dass Sie - obwohl sich einige auf eine andere Meinung eingeschossen haben - wieder auf den Ausgangspunkt zurückfinden, den wir damals hatten und der dieser Vorlage *tatsächlich* zu Grunde liegt. Ich habe weder den Stadtrat noch den Städtökologen oder den Leiter der Städtischen Werke - der übrigens für ein rentables Werk sorgen muss - jemals in der geschilderten Art und Weise erlebt. Zudem habe ich nichts von DDR-mässiger Abkanzelei in Erinnerung; jedenfalls wäre mir dies aus Sicht der städtischen Vertreter bei der Vorstellung der Vorlage nicht in Erinnerung.

Ich bedanke mich im Namen des Stadtrates beim Kommissionspräsidenten und den Mitgliedern der SPK, die sich in acht aufwändigen Sitzungen während fast eineinhalb Jahren in eine sehr komplexe Materie eingearbeitet haben und kluge Fragen aus allen Seiten kontrovers, aber konstruktiv diskutierten.

Mein Dank geht aber auch an den Städtökologen Urs Capaul und an Werkdirektor Herbert Bolli, die ganz wesentlich in die Redaktion der Vorlage involviert waren und die SPK sicher und fachmännisch begleitet haben. Es wurden sehr viele Gespräche geführt, die auch zu einer Verbesserung der Kenntnisse bei mir, und hoffentlich auch bei Ihnen, geführt haben.

Ich habe schon bei der ersten Sitzung meine Hoffnung ausgedrückt, dass die

Beratungen der SPK als Lernkurve zu verstehen sind, welche die SPK-Mitglieder zu kritischen Begleitenden, aber auch zu Experten und im besten Fall zu Verbündeten für eine glaubwürdige und nachhaltige Energie- und Klimapolitik machen. Dieses letzte Ziel wurde durch das finale Abseitsstehen der meisten bürgerlichen SPK-Mitglieder leider (noch) nicht erreicht, und falls die Komplexität der Vorlage dafür der Hauptgrund ist, übernehme ich dafür auch die Verantwortung. Vielleicht war der Entscheid, alle vier Vorstösse zusammenzunehmen, tatsächlich eine komplexe Voraussetzung.

Der Inhalt und die Stossrichtungen der Vorlage des Stadtrates sind jedoch aus Sicht des Stadtrats auch heute noch schlüssig. Ich habe immer wieder in dieser stadträtlichen Vorlage geblättert, weil ich weiss, wie lange sie schon vorbereitet wurde. Sie ist aber in den grossen Punkten immer noch schlüssig, da sich bei allen Risikofaktoren wie Preisentwicklung, Beschaffung, globales Umfeld und Klimarelevanz keine wesentlichen Änderungen ergeben haben. Vielmehr wird der Stadtrat mit den neuesten Konflikten in der Ukraine und dem Irak in seiner Überzeugung bestärkt, dass einzig eine langfristige Ausrichtung auf die Region in Energiefragen für Sicherheit und regionales Wirtschaftswachstum sorgt. Zwar gerät der noch nicht ausgestandene Gau in Fukushima langsam in Vergessenheit; dieser stand aber schon bei der Entstehung der Vorlage nicht Pate, da die Aufträge zur Erarbeitung einer zukunftsfähigen Energie- und Klimastrategie in Form von drei Motionen und zwei Postulaten durch dieses Parlament schon lange vor dem 11. März 2011 ausgelöst wurden.

Der Stadtrat hat sich deshalb schon im Jahre 2008 entschieden, die in sich verwandten und später dazugekommenen Vorstösse in einer gemeinsamen Vorlage aufzuarbeiten, mit anderen Städten und Stadtwerken zu koordinieren und mit dem Kanton abzustimmen. Es ist mir wichtig, diese Zusammenhänge nochmals kurz aufzuzeigen, da es sich nie um eine simple Antiatom-Vorlage handelte, sondern alle Aspekte einer zukunftsgerichteten Energiepolitik, die schlussendlich übrigens mehr mit Wärme als mit Strom zu tun hat, umfasste. Auch dies ist ein Aspekt, auf den ich mit Nachdruck hinweisen möchte.

Die Fakten liegen mit der Vorlage auf dem Tisch, und der ganze Stadtrat ist damit seiner Pflicht zur Umsetzung von mehrheitlich deutlich überwiesenen parlamentarischen Aufträgen nachgekommen. Ich muss auf die einzelnen Punkte nach den ausführlichen Stellungnahmen des SPK-Präsidenten und der Fraktionssprecherinnen und -Sprecher nicht mehr eingehen.

Trotzdem erlauben Sie mir einige ergänzende Bemerkungen, die aufgrund der jahrelangen Vorgeschichte und der anspruchsvollen Beratungen in der SPK angebracht sind. Ich habe natürlich auch die Hoffnung nicht aufgegeben, dass sich doch noch einige Parlamentarier auf der bürgerlichen Seite zu einer offeneren Haltung durchringen können, denn es geht hier nicht um Ideologien. Es geht schon gar nicht um religiösen Fanatismus, wie das heute in den Schaffhauser Nachrichten stand. Es geht auch nicht - beziehungsweise nicht mehr - um finanzielle Kraftakte, sondern es geht um eine Weichenstellung im Interesse einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung und einer auf die Zukunft ausgerichteten Wirtschaft für unsere Nachkommen.

Ich konzentriere meine Ausführungen denn auch noch einmal auf drei Aspekte, die nichts von ihrer Aktualität verloren haben - es sind dies:

1. Die Versorgungssicherheit:

- Dazu gehört aus unserer Sicht vor allem die Sicherheitslage in den Fördergebieten: Hier zeigt ein Blick auf die Weltkarte, dass der Kampf um die Erdöl- und Erdgasvorkommen und Transportleitungen längst zu den wichtigsten Gründen für kriegerische Auseinandersetzungen gehören. Genannt seien hier nur der Irak, Libyen, die Ukraine und Russland, der Iran, Afghanistan sowie die permanenten Krisenherde Nigeria und Venezuela. Einigermassen sicher sind momentan nur die anderen Golfstaaten, Saudi Arabien, Malaysia sowie Mexiko, USA, Kanada und Norwegen als Lieferanten für fossile Energieträger.
- Dazu gehören aber auch die Endlichkeit der Energien und von Uran. Es darf nicht vergessen werden, dass die fossilen Energieträger und die Uranvorkommen absehbar sind. Und ihre Verknappung nach dem Peak, den wir scheinbar schon hinter uns haben, führt nach allen ökonomischen Regeln zu einem erheblichen Preisanstieg. Dies werden wir alle noch erleben.

2. Die wirtschaftlichen Einflüsse:

- Dazu gehört die Gefahr von Preisschüben; denn Preisschübe sind bei der unsicheren Versorgungslage absehbar (ich erinnere Sie an 1973, als die erste wirtschaftliche Energiekrise direkt auf dem Fuss gefolgt) und sie können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzen. Alleine aus der Stadt Schaffhausen fliessen übrigens pro Jahr etwa hundert Millionen Franken für fossile Energieträger ab, und davon etwa ein Drittel in die Förderländer. Schon eine Preiserhöhung von 20% würde uns gewaltig belasten.
- Dazu gehört aber auch die Entstehung (in einem positiven Sinn) neuer Gewerbszweige, wie sie auch McKinsey beschreibt; denn volkswirtschaftlich wäre es viel interessanter, einen Teil der abfliessenden Gelder in unserem Wirtschaftskreislauf zu behalten. Erhebungen zeigen, dass unsere Industrie- und Gewerbebetriebe sich bereits heute mit innovativen Produkten im Bereich Energieeffizienz und Energiegewinnung profilieren und an diesem Wachstumsmarkt partizipieren können. Die SPK konnte sich am Beispiel Winterthur von diesem funktionierenden Marktsystem überzeugen.
- Ich erwähne gerne eine Aussage von Georges Kern: Der CEO von IWC engagiert sich bekanntlich mit seiner erfolgreichen Firma überall für nachhaltige Projekte. Die Stadt Schaffhausen könnte nach seiner spontanen Idee mit einer konsequenten Ausrichtung als "sustainable city" eine richtige Marke schaffen, denn Nachhaltigkeit ist bekanntlich auch für Georg Fischer, CILAG, Unilever und andere Schaffhauser Vorzeigeunternehmen ein unverzichtbares Markenzeichen geworden. Bitte halten Sie sich die Umgebung, in der wir leben, ebenfalls vor Augen.

3. Die Mitverantwortung für das Klima:

- Wir sind auch in der Schweiz von vermehrten Unwettern betroffen; denn wir alle haben im letzten und in diesem Sommer erlebt, wie selbst in unserem ausgeglichenen Klima Extremereignisse zunehmen. Dazu gehören aber Trockenheit und Unwetter in anderen Weltgegenden, die ganze Landstriche verwüsten sowie ganze Regionen unbewohnbar machen und zum Beispiel im Sahel grosse Flüchtlingsströme auslösen können, die auch bei uns ankommen.
- Dazu gehört der Gletscherschwund; denn er ist ein weiteres Indiz für eine markante Klimaveränderung wie auch der ansteigende Permafrostlevel. Damit verbunden verschwindet gleichzeitig ein gigantischer Wasserspeicher mit unbekannten Folgen für Seen und Flüsse. Nur noch Ignoranten behaupten wohl weiterhin, dass der Klimawandel nichts mit den Emissionen aus dem

Energieverbrauch zu tun hat.

- Zum Klima gehört natürlich auch der Anstieg der Meeresspiegel, von dem die bevölkerungsreichen Küstenregionen betroffen sind. An besonderen Stellen sind bei einem Anstieg um die prognostizierten Werte ganze Metropolen, aber auch beliebte Ferienzele bedroht. Zynisch scheint mir in diesem Zusammenhang die Bemerkung, dass unser Verhalten nur eine marginale Bedeutung hat. Damit könnte sich natürlich die ganze Welt entschuldigen, und als Grossverbraucher im globalen Vergleich sind wir natürlich besonders gefordert.

Zur Vertiefung unserer Position möchte ich noch einen Blick auf unsere Tradition als Energiestadt werfen. Ich bin immer stolz, wenn ich in anderen Städten bin und mir gesagt wird, wie wir es denn machen, eine Energiestadt zu sein. Es ist das Label, welches uns nützt. Immerhin war Schaffhausen Anfang der Neunzigerjahre die erste Energiestadt der Schweiz. Nach 2000 kam der European Gold Award hinzu, der uns bei den vorbildlichsten Städten einreicht. Die Städtischen Werke wurden von diesem Parlament in der letzten Strategiereview mit der neuen Ausrichtung als "Dienstleister mit ökologischer Ausrichtung" auf die Reise geschickt; sie leben diesem Auftrag auch nach.

Die Schaffhauserinnen und Schaffhauser haben diesen Weg mit einem 25-Millionen-Rahmenkredit für neue erneuerbare Energieerzeugungsanlagen mit einer Dreiviertelmehrheit bestätigt. Wir haben auch aufgrund des grossen Publikumsinteresses (dieses manifestiert sich vor allem im Energiepunkt, wo wir übrigens für die ganze Region Dienstleistungen und Beratungen anbieten, wir machen keine Unterschiede, von wem die Bezüger den Strom beziehen) und der Investitionsbereitschaft allen Grund anzunehmen, dass unsere Bevölkerung sehr sensibel auf Fragen der Energieversorgung reagiert und von uns kluge vorausschauende Lösungen fordert.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass der Weg zu einer 2000 Watt- beziehungsweise einer Tonnen CO₂-Gesellschaft anspruchsvoll ist, und wir zusammen mit vielen anderen Städten damit erst am Anfang stehen.

Wichtig ist aber, dass unsere Absichten mit der Energiestrategie des Bundes, des Kantons, der Bodenseestädte sowie der Energiestädte und mit dem Masterplan unser Partnerwerke bei Swisspower übereinstimmen. Damit reihen wir uns in die nationale Stossrichtung und in regionale Planungen ein. Alle Akteure sind sich bewusst, dass wir noch längst nicht am Ziel sind, und wir auch auf neue technologische Erkenntnisse und Innovationen angewiesen sind. Darauf hat Urs Capaul in den Verhandlungen immer hingewiesen. Dabei wird es immer Rück- aber auch Fortschritte geben, und wir werden diese gemeinsam bewältigen müssen.

"Der Weg ist das Ziel", diese alte konfuzianische Weisheit gilt in diesem Fall exemplarisch. Aber der Pfad und die Realisierbarkeit, die nun auch wir vorschlagen, werden von wesentlichen politischen Instanzen sowie von Lehre und Forschung geteilt. Es macht aus Sicht des Stadtrates - und in dieser Frage herrscht in unserem Gremium seit jeher Konsens - absolut Sinn, es ist sogar notwendig, gemeinsam unterwegs zu sein. Und deshalb haben wir auch die Festschreibung des 2000 Watt-Ziels in der Verfassung in die Vorlage aufgenommen.

Wir möchten dieses Commitment als eine Guideline etablieren, die auch spätere Generationen begleiten wird. Aber auch damit sind wir alles andere als alleine. Städte

wie St. Gallen, Winterthur, Zürich, Solothurn, Basel und Bern haben, wie viele weitere Energiestädte, ihren Weg ebenfalls auf diese 2000 Watt ausgerichtet. Wir befinden uns also in bester Gesellschaft und können auch von der Lernkurve dieser Städte und Werke profitieren. Dass Schaffhausen mit seiner dank eigenem Kraftwerk und langjähriger Energiestadt-Erfahrung reichen Energiekompetenz die gemeinsame Strategie weiterhin mitträgt, ist für den Stadtrat die einzig richtige und glaubwürdige Option.

Ich weiss natürlich sehr wohl, dass statt dem 2000-Watt-Pfad auch der Vorschlag zum Bau eines neuen Atomkraftwerks im Raum steht. Ich finde auch, dass man diese Diskussion führen muss. Allerdings wage ich nicht nur zu bezweifeln, dass eine solche Lösung mehrheitsfähig ist, sondern ich stelle auch die ökonomischen Aspekte in Frage. Als aktuellstes reines Zahlenbeispiel dient mir das bewilligte Projekt eines neuen Atomkraftwerks in England. Es wird durch ein chinesisch-französisches Konsortium gebaut und hat vom englischen Staat für die nächsten 30 Jahre einen indexierten Abnahmepreis von 12 Rappen/KWh garantiert erhalten. Zum Vergleich: Unser saniertes Kraftwerk produziert Strom für 4.5 Rappen, Kohlestrom ist für 2.5 Rappen auf dem Markt und grosse Solaranlagen produzieren heute ebenfalls unter 12 Rappen. Dies ist die ökonomische Realität, in der wir uns befinden. Das atomare Wunder entpuppt sich damit, neben ungelösten Sicherheits- und Entsorgungsfragen, leider auch als finanzielles Risiko. Ich weiss nicht einmal, wer die Finanzierung für solch ein Risiko übernehmen würde. Aus Sicht des Stadtrats ist deshalb langfristig nur ein differenziertes Beschaffungsportfolio aus möglichst erneuerbaren Quellen nachhaltig, das durch ein sinnvolles Effizienzprogramm ergänzt wird.

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass der Stadtrat durchaus beweglich war und die Vorlage, die in den Grundaussagen trotz neuen Erkenntnissen immer noch absolut schlüssig ist, in einem wichtigen, vor allem finanziell ins Gewicht fallenden Punkt an die Entwicklung und an die Wünsche der SPK angepasst hat. Wir haben nicht DDR-mässig befohlen, was zu tun ist, sondern wir haben ein Gespräch geführt.

So haben wir im Einvernehmen mit der SPK für grosse Projekte separate Kreditvorlagen versprochen und diese aus der Vorlage gestrichen. Und auch bei den Sanierungsbeiträgen haben wir statt einer pauschalen Erhöhung, die leider auf einem unklaren Referenzbetrag aufbaute (wofür ich mich entschuldige), den Ansatz des Kantons Bern übernommen, der 1.6% des Immobilienversicherungswerts als jährliche Sanierungstranche in den Voranschlag übernommen. Dies macht durchaus Sinn. Damit bewegen wir uns zwar in einem vergleichsweise tiefen Bereich, der aber aufgrund vieler Bauten in gutem Zustand immer noch als vernünftig bezeichnet werden kann. Konkret würden wir für die Gebäude im Verwaltungsvermögen, die einen Versicherungswert von CHF 481 Mio. repräsentieren, in Zukunft CHF 7.7 Mio pro Jahr in den Unterhalt investieren. Gegenüber den letzten 10 Jahren erhöht sich damit der Unterhalt im Durchschnitt um CHF 1 bis 1.5 Mio., die jedoch auch durch tiefere Energieausgaben kompensiert werden.

Damit wird der Wert unserer Infrastrukturbauten auch auf längere Sicht erhalten. Ausserdem könnte das Baureferat von einer gewissen Sollgrösse für die langfristige Sanierungsplanung ausgehen, was den Budgetprozess sicherer und verlässlicher macht. Ich weiss, wie diese Sachen bis jetzt gelaufen sind: Man hat bei Budgetproblemen einfach Sanierungsbeiträge herausgestrichen und das Problem vor sich her geschoben. Es macht Sinn und ist sicher auch für den Baureferenten ein Plus, wenn wir in Zukunft so arbeiten würden, und diese Beiträge an anderen Orten einsparen müssten. Selbstverständlich bleibt trotz des Ansatzes, den wir als

Richtgrösse aufnehmen, die Hoheit des Grossen Stadtrates über das Investitionsbudget nicht angetastet. Dies wurde auch falsch kolportiert. Selbstverständlich haben Sie weiterhin das Sagen dazu.

Als positiver Effekt darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass diese zusätzlichen Sanierungsbeiträge der regionalen Wirtschaft dank ihrer Kompetenzen praktisch vollumfänglich zufließen würden. Das gleiche gilt selbstverständlich für die privaten Sanierungsefforts, die eben dank der regionalen Kompetenzen in unserem eigenen wirtschaftlichen Umfeld wirksam sind. Wir haben eine Vorbildfunktion.

Diese positiven Auswirkungen werden von der McKinsey-Studie bestätigt, indem sie prognostiziert, dass

- bis zum Jahr 2030 in der Schweiz insgesamt mehr Arbeitsplätze entstehen, als verloren gehen,
- dies bei schweizweit 20'000 Arbeitsplätzen in Schaffhausen rund 200 sein dürften und
- das nicht ins Ausland abfliessende Geld vor Ort ausgegeben wird, und die Region immerhin weit über CHF 100 Mio. Franken für fossile Energieträger ausgibt.

Auch andere Städte haben erkannt, dass die Welt nicht stillsteht. Unsere Mitstreiter (wir sind nicht alleine, wir haben ganz viele Städte um uns, die auch um Firmen und um Einwohner buhlen) um Standortvorteile wissen ebenfalls, dass einer sicheren regionalen Energieversorgung eine zunehmend wichtigere Rolle zukommt. Auch wenn das Geothermieprojekt in St. Gallen vorerst zurückgestellt werden musste, hat St. Gallen mit dem Energiekonzept 2050 den strategischen Pfad in Richtung 2000 Watt eingeschlagen und in der Gemeindeordnung sogar den Ausstieg aus der Atomenergie festgeschrieben. In Luzern hat die Stimmbevölkerung mit 68% Ja ein städtisches Energiereglement gutgeheissen, das in Art. 3 die 2000-Watt-Gesellschaft als Orientierungsgrösse und in Art. 4 den Atomenergieausstieg postuliert. In Zug hiess das Volk ebenfalls eine 2000-Watt-Weichenstellung gut, und Winterthur orientiert sich in seinem durch einen Volksentscheid deutlich angenommenem Energiekonzept 2050 ebenfalls an der 2000-Watt-Zielsetzung.

Selbst kleinere Städte wie Aarau und Solothurn haben die 2000-Watt-Gesellschaft analog zur Stadt Zürich als Zielgrösse in die Gemeindeordnung, die unserer Verfassung entspricht, aufgenommen. Und letztlich zeigen alle Beispiele - und diese lassen sich vermehren - dass einzig eine aktive Energiepolitik durch die Städte und die Kantone postulierte aktive Energiepolitik, so wie es der Bund, zahlreiche Kantone und viele Städte umzusetzen gedenken, zukunftsfähig ist. Dies bestätigen auch zahlreiche Untersuchungen von namhaften Institutionen wie zum Beispiel McKinsey, die ich bereits erwähnt habe. Sie prognostizieren positive Impulse für die Wirtschaft. Wenn wir heute den 2000-Watt-Pfad energiepolitisch vertreten, reihen wir uns in eine grosse Anzahl von Kommunen ein, die allesamt einen Vorteil in dieser Ausrichtung sehen.

Wir bitten Sie, diesen Gesamtrahmen bei Ihrem Entscheid zu berücksichtigen, denn jeder Aufschub dieser entscheidenden Zukunftsfrage wird aus Sicht des Stadtrates garantiert teurer. Ausserdem hoffen wir natürlich, dass die Stadt Schaffhausen weiterhin im Gleichschritt mit dem Bund, mit dem Kanton und mit den anderen Energiestädten unterwegs ist. Wir können uns nicht abseits stellen. "

Daniel Preisig (SVP)**Votum**

"Heute möchte ich Sie zur Besonnenheit aufrufen. Die Umwelt und der Erhalt der Lebensqualität sind auch mir sehr wichtig. Glauben Sie mir, ich habe auf meinen Geschäftsreisen gesehen, wie die Lebensqualität leidet, wenn sie täglich zwei Stunden im Stau stehen oder die Luft verschmutzt ist. Was mir bei der Schaffhauser Umweltpolitik aber fehlt, ist die Balance, das gesunde Augenmass.

Die Stadt Schaffhausen leistet heute schon sehr viel im Bereich des Umweltschutzes und der Energiepolitik. Nur ein paar Beispiele:

1. Wir leisten uns eine eigene Verwaltungsstelle für Stadtökologie.
2. Wir verfügen über das „Energistadt“-Label und investieren an allen Ecken und Enden viel Geld und Zeit dafür.
3. Wir haben vor zwei Jahren einen 25 Mio. Kredit für erneuerbare Energien gesprochen.
4. Die Städtischen Werke sind bereits heute sehr aktiv bei der Sensibilisierung der Bevölkerung, denken Sie nur an den Energiepunkt, das Werbematerial, das sie dauernd im Briefkasten haben, an die Kinovorführungen und andere Veranstaltungen wie den „Happy Nature Day“ vom letzten Samstag und an die Renaturierung des Rheinufer mit Geldern von Clean Solution – eine gute Sache übrigens.
5. Wir haben ein Energieförderprogramm, wo wir jedes Jahr zusammen mit dem Kanton Subventionen in Millionenhöhe ausgeben.

Diese Liste könnte abendfüllend verlängert werden.

Was ich damit sagen möchte: Die Stadt ist heute schon sehr aktiv in der Umweltpolitik, wir geben heute schon sehr viel Geld für die Umwelt aus. Es gibt eine klare Tendenz zur Übertreibung. Mit den Extremforderungen in der 2000-Watt-Vorlage haben wir das Fuder ganz klar überladen.

Die in dieser Vorlage festgelegten Massnahmen werden uns jährliche Mehrausgaben in Millionenhöhe kosten. Das ist Geld, das uns für die dringend anstehenden Investitionen, zum Beispiel im Bereich der Schulen oder im Bereich der Altersbetreuung, fehlen wird. Das Argument der Beschäftigung regionaler Firmen ist gut und recht. Aber Sie können das gleiche Geld in sinnvolle Projekte investieren und auch regionale Firmen berücksichtigen. Investieren wir besser in Schulen und Alterswohnungen statt in übertriebene und verfrühte Gebäudesanierungen. Bitte denken Sie auch daran, dass unsere Wirtschaft - und ich denke hier vor allem an die produzierenden Arbeitsplätze - unter internationalem Wettbewerbsdruck steht. Ständig neue Auflagen, Vorschriften und höhere Energiepreise schwächen unsere Wettbewerbsfähigkeit und gefährden Arbeitsplätze.

Was mich vor allem an der 2000-Watt-Vorlage stört, ist, dass sie so unrealistisch ist. Aus der Vorlage geht nicht hervor, wie, ob überhaupt und vor allem zu welchem Preis das Ziel erreichbar wäre. Eine Politik, die nicht verbindlich und klar ist, ist unglaublich.

Purer Öko-Aktionismus mag zwar unser Gewissen beruhigen, hilft der Umwelt aber gar nicht. Wenn wir der Umwelt wirklich helfen wollen, dann müssen wir eine glaubwürdige Politik machen. "

Mariano Fioretti (SVP)**Votum**

"Ich möchte mich an dieser Stelle noch kurz über die Kommission und deren neutralen Sachverständigen äussern. Wenn sich eine Kommission eine gute und sachbezogene Meinung bilden soll, dann ist es unabdingbar, dass die zu behandelnde Vorlage von einem neutralen Sachverständigen begleitet wird.

Dies war in dieser Kommission alles andere als gegeben, was sehr bedauerlich ist und die Stimmberechtigten sicher und zu Recht stutzig macht. Es ist auch nicht nachvollziehbar, weshalb eine Zweitmeinung kategorisch abgelehnt wurde. Da kann es wohl nur einen Grund gegeben haben, man wollte keine kritischen Stimmen im Boot haben, da man Angst hatte, Schiffbruch zu erleiden.

Dass ein in dieser Angelegenheit nicht neutraler Sachverständiger an den ganzen Beratungen anwesend war und diese mit seinen Aussagen nach Belieben beeinflussen konnte, kann man nicht nachvollziehen. Kritische Fragen oder Anmerkungen wurden mit langen Erklärungen und Erläuterungen "gebodigt".

Ich erwarte von solchen Sitzungen, dass man sich eine Meinung bilden kann und bei heiklen Vorlagen auch ein kritischer Vertreter anwesend sein muss. Er soll die Sitzungen ebenfalls in voller Länge begleiten können, wie es der nicht neutralen Person zugestanden wurde.

Wenn man in Zukunft keine kritischen Stimmen mehr hören möchte, dann bringen solche Beratungen nichts, denn sie sind vorab vom Verfasser ferngesteuert, und darauf können wir und die Stimmberechtigten ganz sicher verzichten. "

Martin Egger (FDP)**Votum**

"Die 2000-Watt-Gesellschaft ist die Vision von global gerechter Energieverteilung. Jedem Menschen auf der Erde soll die gleiche Menge Energie zur Verfügung stehen - eigentlich eine gute Sache. Ich versuche nun, mit meinem Votum einen Bezug auf den Alltag, auf meinen Alltag zu schaffen.

Meine Familie und ich bilden uns ein, schon recht rücksichtsvoll zu leben. Wir kaufen praktisch jeden Samstag saisonales Gemüse auf dem Schaffhauser Wochenmarkt, oft Bioprodukte, und das Fleisch vorwiegend beim hiesigen Metzger aus lokaler artgerechter Tierhaltung.

Ich pendle täglich mit dem Zug zur Arbeit und die jährlich gefahrenen 25'000 Bus- und Zugskilometer übertreffen die Autokilometer um das Fünffache. Bei den Flugkilometern habe ich allerdings ein schlechtes Gewissen, weil wir pro Jahr ein - je nachdem zwei Mal - auf eine Mittelmeerinsel fliegen und auch wieder zurück.

Unser Haus, Baujahr 2000, ist auf einem energiespartechnisch akzeptablen Stand, wenn auch nicht Minergie. Die meisten Lampen sind Energiesparlampen. Sie geben zwar ein schlechtes Licht, sind um ein vielfaches teurer als die früheren Glühlampen und halten nie so lange, wie es die Packung suggeriert - egal, was die Hersteller erzählen. Aber gut, es geht nicht anders, der Gebrauch wurde staatlich diktiert.

Unsere Haushaltsgeräte sind so sparsam wie möglich, sofern wir uns bei der Anschaffung nicht ruinieren wollen. Stand-by-Zeiten von Elektrogeräten versuchen wir weitgehend zu reduzieren; aber ehrlich gesagt, wenn man deren Energieverbrauch mit dem der Mobilität vergleicht, ist es kaum der Rede wert.

Weiter haben wir eine moderne Erdgasheizung mit Brennwerttechnik, alles "state of the art" und optimal eingestellt. Natürlich könnten wir stattdessen über eine Erdsonde oder eine Pelletheizung nachdenken. Doch alles muss auch ökonomisch irgendwie vertretbar bleiben. Meine Familie und ich verfolgen gewissermassen eine wirtschaftliche Kompromisslösung mit grünem Einschlag - irgendwie wollen wir ja auch noch leben.

2000 Watt, das klingt verdammt gut. Aber was bedeutet es? Es gibt einen praktikablen Internetrechner, um seine persönliche Energiebilanz zu erstellen, und ich stellte mich dem Selbstversuch. Brav gebe ich ein, wie ich und meine Familie wohnen, was wir verbrauchen, wie unsere Reisegewohnheiten sind und so weiter.

Ich ahnte schon, dass ich als - wie ich meine - durchschnittlicher Einwohner eines westeuropäischen Industrielandes die Messlatte "2000-Watt-Leben" wohl reissen werde. Trotzdem interessiert mich, wie mein persönliches 2000-Watt-Leben aussehen würde. Das Ergebnis ist ebenso erwartbar wie erschreckend: Ich verbrauche rund 60'000 Kilowattstunden pro Jahr und führe sozusagen ein Mehr-als-6000-Watt-Leben. Es ist mehr als dreimal so viel, wie mir gerechterweise zustünde. Für mich und meinen Lebensstil müssten also zwei Menschen auf jeglichen Energiebezug verzichten, damit die Rechnung aufgeht. Oder aber, da mein jährliches Energiebudget schon im April aufgebraucht wäre, müsste ich für den Rest des Jahres ohne Essen und Trinken in einer kalten und dunkeln Höhle hocken.

Mit diesen zwei Varianten käme dies hin, mit dem Budget einer rechnerischen kontinuierlichen Leistungsaufnahme von 2000 Watt - aber eben nicht mit der im Westen allgemein üblichen Vorstellung von Wohlstand.

Kann dies sein? Und wenn ja: Darf dies sein? Klar, wir müssen hin zur 2000-Watt-Gesellschaft - so fordern die Zukunftsskeptiker, und ihre moralischen Zeigefinger gehen nach oben. Doch Stopp; diesen Typ Mensch, der anderen immer erklären will, wie sie sich zu verhalten haben und was richtig ist, kenne ich schon zur Genüge. Vorhaltungen und ungebetene Ratschläge sind seine Spezialität. Und oft sind sie das Deckmäntelchen, unter welchem sich das gepredigte Verhalten überschreiten lässt, bis es dann eines Tages mit einem grossen Skandal doch aufgedeckt wird. Ich verzichte auf Beispiele aus den vergangenen Tagen oder Monaten.

Was ich nicht glaube, ist, dass die 2000-Watt-Gesellschaft ohne Wohlstandsverlust möglich sein wird. Zumindest nicht für Durchschnittsmenschen wie mich und für viele der Bürgerinnen und Bürger, die ich als Parlamentarier in diesem Rat vertrete. Um das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, bliebe also konsequenterweise nur Sparen, verzichten, beschränken und Zwangsmassnahmen.

Dies jedoch widerspricht meinem liberalen Weltbild, und ich fürchte mich von solch einer Zukunftsvision: Offensichtlich müsste zur Durchsetzung der 2000-Watt-Utopien ein totaler Überwachungsstaat mit strengen Gesetzen und einem Chip für jeden Bürger geschaffen werden. Was passiert mit den Bürgern, die den Wandel nicht freiwillig mitmachen? Sollen diejenigen, die sich dem Öko-Diktat widersetzen, weggesperrt oder in Umerziehungslager gesteckt werden? Sollen diejenigen, welche ihr Energiebudget aufgebraucht haben, eliminiert werden oder soll der Stecker gezogen werden? George Orwells Buch "1984" war ein Ponyhof gegen das, was in einem solchen Szenario noch auf uns zukommt.

Ich rufe nicht zum Verschwenden von Ressourcen auf, doch ich plädiere für mehr Optimismus und mehr Gelassenheit, was unsere Zukunft angeht. Optimismus dahingehend, dass eine heranwachsende Generation von jungen Forscherinnen und Forschern sowie kreativer Ingenieurinnen und Ingenieure sparsamere Geräte, genügsamere Autos und Flugzeuge sowie effizientere Maschinen entwickeln wird. Sie werden neue umweltverträgliche Methoden der Energiegewinnung entwickeln, welche im grösstmöglichen Einklang mit der Natur stehen. Gelassenheit dahingehend, dass eine moderne Gesellschaft nicht ohne jegliches Risiko existieren kann, und dass wir lernen müssen, mit diesen Risiken zu leben und sie weitestgehend zu eliminieren.

Um uns sowie die künftigen Generation vor einem Zwangskorsett, wie es der 2000-Watt-Artikel 2 in unserer Stadtverfassung darstellen würde, zu schützen, bitte ich Sie als verantwortungsbewusste Ratsmitglieder, den Nichteintretens-Antrag zu unterstützen. Sie sichern damit, dass insbesondere die künftigen Generationen die Chance haben, sich weiterzuentwickeln und in Wohlstand weiterzuleben. Sollte der Antrag keine Mehrheit finden werde ich alles daran setzen, im Abstimmungskampf gegen diesen "Stecker-Raus-Zwang" anzukämpfen, und ich weiss, das Energiebudget wird damit noch höher werden. "

Bemerkung des Ratspräsidenten Georg Merz (OeBS):

"Wenn Martin Egger mit drei Personen 60'000 Kilowattstunden verbraucht, verfehlt er die 2000-Watt-Gesellschaft knapp. 2000 Watt Dauerleistung bedeutet 17'500 Kilowattstunden pro Person und pro Jahr. "

Martin Egger (FDP)

Votum

"Ich spreche nicht vom Verbrauch meiner ganzen Familie, sondern nur von meinem persönlichen. Ich empfehle Georg Merz, auch einmal im Internet die persönliche Energiebilanz zu erstellen, und dann sprechen wir wieder miteinander. "

Patrik Simmler (JUSO)

Votum

"Ich weiss ehrlich gesagt gar nicht so richtig, wo ich anfangen soll. Ich habe in diesem Rat noch nie so viel Polemik auf einmal von einer bestimmten Seite gehört. Es hat angefangen mit einem Zitat, das Beat Brunner von Winston Churchill zum Besten gab, das die gesamte geballte Erkenntnis der Wissenschaft mit einem Mal zu Nichte machen sollte. Dies ist einfach nicht glaubwürdig. Es hat geendet mit Martin Eggers Angsttheorie von einem totalen Überwachungsstaat. Ich finde, das ist keine Diskussion über das eigentliche Thema, welches wir hier zu behandeln haben.

Ich möchte noch mit einem anderen polemischen Beispiel anknüpfen, um Ihnen aufzuzeigen, dass dieses Denken nicht stimmt. Beat Brunner hat erzählt, wie er früher die Badewanne mit Holz geheizt hat. Wenn man sich überlegt, wie wir heute Wasser aufheizen, so machen wir es mit einem elektrischen Wasserkocher. Wo liegt hier der Unterschied? Es ist viel effizienter, wenn wir mit einem Wasserkocher das Wasser erhitzen, als wenn wir die Pfanne über das Feuer stellen. Es geht nicht nur um den Energieverbrauch, sondern auch um die Energieherkunft. Überlegen Sie sich - warum heisst es *fossile* Energie? Weil es die Energie ist, die im Laufe von Millionen von Jahren entstanden ist. Sie ist endlich, dies können auch Sie nicht bestreiten. Wenn wir uns nicht darauf vorbereiten, was wir machen, wenn eben diese Energie zur Neige geht, und weil sie immer teurer wird, sind unsere Kinder und Kindeskinde diejenigen, die irgendwann einmal wie die Amish people leben müssen. Um das zu verhindern, müssen wir früh genug diesen Pfad beschreiten. Es ist egal, ob wir schlussendlich

2000-Watt oder 2500-Watt im Jahr 2080 haben, aber wir müssen diesen Pfad beschreiten. Jeder, der irgendwie normal überlegen kann, weiss, dass es sich um *endliche* Ressourcen handelt, und darauf können wir uns nicht verlassen. "

Dr. Katrin Bernath (GLP)**Votum**

"Das, was Martin Egger erzählt hat, war ganz spannend, und ich stimme mit ihm in einigen Punkten überein. Wenn es heute so einfach wäre, die 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, dann würde in der Vorlage stehen, ab 2020 sind wir bei 2000 Watt. Und so wie argumentiert wurde, hört es sich an, als ob wir dies von heute auf morgen erreichen müssten. Auf Seite 25 ist nachzulesen, wie viel Zeit wir dafür haben, und in diesem Sinne stimme ich mit Martin Egger überein: Haben wir die Gelassenheit und die Zuversicht in die technologischen Entwicklungen, und wir werden es schrittweise erreichen. "

Walter Hotz (SVP)**Votum**

"Es tut mir leid, Katrin Bernath, dass ich Sie heute im Visier habe. Ich muss einmal an den Wahlslogan erinnern, den Hans-Jakob Gloor einmal hatte: Grün, sozial, liberal, und dann stand die liberale Karte. Nicht alles muss vom Staat serviert werden - Eigenverantwortung stärken - Freiräume für Kreative aufmachen. Das war der Slogan, und den kann man doch unterstützen.

Aber alles, was Sie jetzt heute erzählen, wollen Sie vom Staat. Dieser soll immer alles regeln und machen. Eingriffe des Staates für das positive Wohl der Bürger - dies verursacht Einförmigkeit und vermindert die Selbsttätigkeit der Menschen. Eine wirtschaftliche und effiziente Klimapolitik braucht Freiheit, wenn sie kreativ, leistungs- und wirkungsvoll sein soll. Es ist nämlich immer der gleiche Ablauf: Wo ein Problem auftaucht, wird zunächst nach jemandem gerufen, der es lösen soll, und zwar noch bevor man sich selber Gedanken macht, wie man selbst zur Lösung beitragen könnte. Dieser jemand ist vorzugsweise der Staat, bei jedem Problem wird ein Gesetz, eine Vorschrift, ein Eingriff und - was am Schlimmsten ist - eine Subvention gefordert, ultimativ meist. Zudem werden Anklagen verkündet, dass das Problem spielend gelöst werden könnte, wenn "die da oben" beauftragt werden. Es ist einfach so, Sie müssen diese Vorlage ablehnen. "

Urs Tanner (SP)**Votum**

"Die 10 Anträge haben Fleisch am Knochen. Kollege Egger hat gewissermassen ein ökologisches Selfie gemacht, ein sehr interessantes. Er lebt tatsächlich ökologisch - ich lebe ungefähr ähnlich. Wir sind in Schaffhausen auf diesen 5500 Watt. Zur selben Zeit ist man in Basel auf 4000 Watt. Nicht weil die Basler "Ökos" sind, sie haben in ihrem Strommix einfach keinen Atomstrom mehr. Es ist eine Entwicklung: Wenn wir genau so weiterleben, sind wir im Jahre 2080 auf diesen 2000 Watt, ohne Qualitätseinbussen.

Was will diese Vorlage? Wir haben diese 1,6% in Antrag 5, wobei jedes Jahr im Budget nachgefragt wird, ob es gemacht werden soll oder nicht. Im Antrag 2bis hat es justiziable Punkte, bei denen ich Sie ins Kesslerloch einweisen kann, wenn Sie dies nicht machen. Der Stadtpräsident hat es doch erklärt: Es ist wie beim Marathon, der eine braucht 10'000, der andere 1000 Watt, jeder nach seinem Tempo; es ist doch keine stalinistische Vorlage. Es ist ein Fundament, und wenn das Volk zum Artikel 2bis Ja sagt, dann gehen wir weiter. Jetzt der Vorlage vorzuwerfen, dass sie zu wenig

Konkretes enthalte, geht nicht, denn genau deswegen wurde Unkonkretes herausgenommen. Zur Kommission: Sie können mich und den Vizepräsidenten rügen, das ist kein Problem. Unsere Chefbeamten waren an jeder Sitzung immer dabei und haben wirklich eine schwierige und komplizierte Vorlage geschrieben. Sie haben nach bestem Wissen und Gewissen geantwortet. Falls es schnippisch angekommen wäre, hätte man dies mir oder dem Vizepräsidenten mitteilen können; es erfolgten jedoch keinerlei Rückmeldungen. Ich fand es eine gute Kommission. Wir reden über diese Anträge und bleiben auch dabei. Schlussendlich - da sind wir uns mit 36:0 einig - muss das Volk dem Artikel 2bis zustimmen. "

Dr. Nathalie Zumstein (CVP)**Votum**

"Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber die Argumente sind doch etwas an den Haaren herbeigezogen. Ich war an allen Sitzungen dieser Kommission, Honecker war nicht zugegen, und ich bin keine Professorin, aber ich war nicht überrumpelt. Wenn man wirklich zugehört hat, hat man nachvollziehen können, was die Argumente sind. Und diese waren absolut sachlich und nicht polemisch.

Ich möchte zur Vorlage und generell zur Energiewende Folgendes sagen: Wir haben viele neue Technologien, die helfen Energie zu sparen; soeben wurde das Beispiel mit dem Wasserkochen genannt. Aber ich verzichte gerne auf gewissen energiefressenden Luxus zur Vermeidung von Naturkatastrophen. Ist sich denn niemand bewusst, was es heisst, wenn wir weiter machen wie bis jetzt? Vielleicht bleibt es in der Schweiz im Sommer immer so nass, wie es jetzt ist. Und in Schweden gibt es dafür Waldbrände. Aus diesen ganzen Naturkatastrophen resultieren Migrationsströme. Die Migrationsströme aus dem Norden Afrika sind schlussendlich eine Folge der Klimaveränderung. Der Tsunami in Fukushima war auch auf eine Umweltkatastrophe zurückzuführen, auf die Abschmelzung des Eises, der Gletscher und damit dem Leichterwerden der tektonischen Platten, was wiederum zu plattentektonischen Verschiebungen führt - wenn man ganz weit und vernetzt denkt.

Ich weiss, dass wir die Ziele nicht erreichen werden. Aber die Politik muss Ziele setzen, auch wenn wir sie nicht erreichen. Die Ziele in dieser Vorlage sind nicht ehrgeizig. Die EU und andere Städte haben höher gesteckte Ziele - wir sind sehr moderat. Auch wenn wir sie nicht erreichen, sollten wir uns ihnen annähern. Weniger ist besser als nichts. Schaffhausen - nun, die Schweiz ist klein. Es kam einmal der Einwand, dass Einsparungen bei uns dem Klima gar nichts bringen. Wie gesagt - schon viele andere Länder haben sich dazu entschieden, zu sparen; andere Städte.

Die Abhängigkeit von anderen Ländern ist zudem ein riesiges Problem. Auch dieses müssen wir in den Griff bekommen. Man denke nur an die momentane Krise in der Ukraine und wie jetzt mit dem Gastransit durch die Ukraine gespielt wird. Importstopp der Russen in die Ukraine - das kann auch uns passieren. 95% des Urans ist importiert, davon sind wir abhängig. 88% des Öls kommen aus dem Ausland, ebenso 66% des Gases. Was, wenn diese Länder nicht mehr liefern? Dann brauchen wir dicke Wollpullover aus der Wolle eigener Schafe.

Zum Technologieverzicht: Genau das Gegenteil erreichen wir mit dieser Energiewende. Wir werden wirtschaftlich die Innovation fördern. Die ABB zum Beispiel hat einen neuen Batteriespeicher entwickelt, zusammen mit dem Elektrizitätswerk Zürich. Es wird ein Exportschlager, davon bin ich überzeugt. Die Schweiz kann an diesen Herausforderungen der Energiewende wachsen. Schaffhausen auch. Es ist für die Energieforschung ein willkommener Push.

Zu teuer? Kurzfristig gedacht vielleicht schon. Aber langfristig, wie die McKinsey-Studie gezeigt hat, wird die Wirtschaft von dieser Energiewende profitieren. Ich verstehe nicht, warum gerade die politische Seite der Wirtschaft dies nicht wahrhaben will. Wir brauchen die Innovation, wir müssen vorwärts schauen.

Ich möchte dazu noch etwas zitieren: *“Der Überschwang sich etwas zuzutrauen, mit dem man über die eigenen Grenzen und darüber hinauskommt, ist eine Tugend.”* Das hat Thoreau zu Tell gesagt. Es wäre ein Jammer, wenn diese Tugend, dieser Wagemut um einer gemeinsamen Sache willen, über sich selbst hinauszuwachsen, mehr Nachahmer im Ausland finden würde, als in Tells Heimat. Das hat ein Professor aus St. Gallen gesagt.

Zum Schluss: Ich bin der Meinung, dass wir diese Energiewende unbedingt brauchen, und ich verstehe nicht, wie man sich trotz wirtschaftlichen Möglichkeiten, wirtschaftlichem Wachsen und wirtschaftlichem Erfolg und Innovation so dagegen wehren kann. "

Dr. Katrin Bernath (GLP)

Votum

"Nach diesem engagierten Votum habe ich mir überlegt, ob ich nochmals sprechen soll. Aber leider ist der Wahlkampf jetzt hier angekommen, und ich lasse nicht auf mir sitzen, dass ich die Lösung beim Staat suche. Walter Hotz weiss hoffentlich auch, dass ich genau mit einem privaten Engagement zeigen wollte, dass es Lösungen gibt. Ich habe lange genug in der Privatwirtschaft gearbeitet und weiss daher auch, dass es das Engagement der Wirtschaft braucht. Ich lasse mir in diesem Sinne nicht vorwerfen, dass ich nicht liberal sei, und schon gar nicht aus einer Partei, die sich momentan auf nationaler Ebene als sehr unliberal zeigt. "

Stadtpräsident Thomas Feurer

Votum

"Es sind doch ein paar Voten gefallen, die noch richtig gestellt werden müssen. Es hat mich eigentlich gewundert, dass niemand darauf Bezug nimmt, dass wir in dieser Angelegenheit, um die es heute geht, überhaupt nicht alleine sind. Es kann ja nicht sein, dass sich der Städteverband, über 600 Kommunen in der Schweiz und über 340 Städte in der Zwischenzeit, diesem Thema und dem Commitment verschrieben haben, und wir die einzigen sind, die uns dagegen wehren.

Es wundert mich schon, warum es bei Daniel Preisig heisst, es sei ein übertriebener Ökoaktivismus. Ich sehe dies ganz anders. Aber dann wäre es so, dass praktisch jede Stadt der Schweiz auch unter einem überbordenden Ökoaktivismus leiden würde.

Zu Mariano Fioretti: Ich habe die Kommissionsarbeit in einer völlig anderen Erinnerung. Ich kann Ihnen auch sagen, dass ich meine Mitarbeitenden Herbert Bolli und Urs Capaul zurechtgewiesen hätte, wenn sie kritische Haltungen in der geschilderten Art und Weise behandelt hätten. Im Gegenteil, man ist mit den Argumenten sehr sorgfältig umgegangen; es wurde zugegebenermassen auch gerungen. Aber die Kommissionsarbeit lief keineswegs in dieser kaltschnäuzigen Art ab. Dies kann man auch in den Protokollen nicht so nachlesen. Ich habe auch nichts in der Vorlage gefunden - Martin Egger - als diese Umerziehungslagerstory erzählt wurde, dachte ich, ich wäre im falschen Film. Ich habe auch einmal einen solchen Film gesehen, aber da ging es um ganz andere Sachen.

Ich kann sagen, dass das, was die Leute nicht wollen, sie sowieso nicht tun werden.

Wir sind in einer freien Gesellschaft. Das Einzige, was wir in dieser Vorlage möchten, ist ein Commitment, dass wir wie alle anderen Städte ebenfalls eine nachhaltige Energiepolitik verfolgen. Dies wohlverstanden mit den ganzen Problemen, die vorhanden sind, mit allen Rück- und Fortschritten. Als Beispiel: Ich war vor zwei Jahren an der Eröffnung der vergrösserten Unilever in Schaffhausen. Da war Paul Paulman hier, der CEO der Unilever-Gruppe. Sie haben weltweit 166'000 Mitarbeiter mit einem riesigen Produktesortiment und sind die zweitgrösste Firma nach Nestlé in diesem Bereich. Er hat Folgendes postuliert - und dem wird nachgelebt (und es wird auch kontrolliert): *In 10 Jahren haben wir den doppelten Umsatz wie heute, bei einem halbierten Energieverbrauch.* Dies war ein Befehl aus der Zentrale. Nicht einfach, weil er ein Spinner ist, sondern weil er weiss, dass es die Zukunft bedeutet; dass man in Zukunft, wenn man glaubwürdig sein will, nicht mit den Ressourcen umgehen kann, wie man will. Hermann Hesse hat einmal gesagt, man muss das Unmögliche versuchen, um das Mögliche zu erreichen. Genau das ist der Punkt, an dem wir heute stehen.

Bitte verlassen Sie diesen Pfad nicht, den andere auch gehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Schaffhausen einen eigenen Weg geht, nur weil man hier Angst vor Umerziehungslagern und anderen Dingen hat. Diese werden an keinem anderen Ort derart in Aussicht gestellt wie heute Abend hier. Wir werden mit den anderen Schritt für Schritt in die gleiche Richtung marschieren. Wenn wir es nicht erreichen, dann erreichen wir es nicht. Aber wenn wir uns dieses Ziel nicht selber vorgeben, marschieren wir planlos in irgendeine Richtungen. Ich glaube, die gemeinsame Zielsetzung ist diejenige, die uns wirklich motivieren sollte. "

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

"Weil hier immer wieder auf globale Fakten hingewiesen wird, möchte ich noch schnell auf einen Textbeitrag kommen, den ich gestern in den Schaffhauser Nachrichten gesehen habe.

Die Chinesen haben gemerkt, dass man damit etwas anfangen kann. Sie haben das Ziel gesetzt, dass sie innerhalb von fünf Jahren die Anzahl der Elektro- und Hybridfahrzeuge um das Hundertfache vermehren wollen. Dies ist ein sehr ehrgeiziges und stolzes Ziel.

Dann möchte ich noch etwas zum Image der Grünen und ihrer Realität sagen: Es ist nicht so, dass es einfach Fantasten und Prediger sind. Es sind sehr realistische Menschen. Sie haben zum Beispiel vor etwa zwei Jahren ein Positionspapier verfasst. Darin wurden zwei Szenarien entwickelt:

1. Ein Effizienz-Szenario, welches den Energieverbrauch senkt, und es enthält vieles, was wir auch in unseren Unterlagen finden.
2. Ein Suffizienz-Szenario, das eben auch heisst, dass eine gewisse Umwertung stattfinden kann.

Aber ob und wie dies geschieht, ist eine Frage des demokratischen Aushandlungsprozesses. Letzten Endes kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Die Grünen sind nicht stur, es ist nicht so, dass alle Grünen gänzlich auf Kleidung verzichten. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 18 : 15 Stimmen Eintreten auf die Vorlage des Stadtrats vom 12. November 2012.

Detailberatung

Die **1. Vizepräsidentin, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012, Seiten 1-36, die Beilagen gemäss Seite 38 sowie den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 3. Juni 2014 mit den Anträgen wie folgt:

Urs Tanner (SP)**Votum**

"Ich mache folgenden Nachtrag zu meinen Ausführungen:

- Antrag 1 lautet korrekt wie folgt: *Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012 betreffend zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik sowie vom Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 3. Juni 2014.*
- Art. 2bis wird nach neuem Reglement Art. 2a genannt.
- Bei Antrag 6 wird neu ergänzt: *Die folgenden wiederkehrenden und einmaligen Kredite werden bewilligt: ... "*. Dies ging in den Anträgen der SPK verloren. "

Anträge:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012 betreffend zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik sowie vom Bericht und Antrag der Spezialkommission zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik vom 3. Juni 2014. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Die Stadtverfassung vom 25. September 2011 wird wie folgt ergänzt:

Art. 2a 2000-Watt-Gesellschaft

¹Die Stadt setzt sich im Rahmen ihrer Mittel und Zuständigkeiten ein für das Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, insbesondere für

- a) die Reduktion des durchschnittlichen jährlichen Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin und Einwohner,
- b) die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr,
- c) die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien.

Daniel Preisig (SVP)

"Im Namen der bürgerlichen Fraktionen beantrage ich Ihnen die Streichung von Antrag 2, dem neuen Verfassungsartikel 2a. Kurzbegründung: Für die Streichung sprechen formelle und inhaltliche Gründe. Das Parteiprogramm der Grünen gehört nicht in unsere Verfassung. Unsere Stadtverfassung ist keine Spielwiese für politische Partikularinteressen und schon gar nicht für unrealistische Extremforderungen. Eine Verfassung sollte den grundlegendsten organisatorischen Staatsaufbau und die Volksrechte definieren, nichts anderes. Ganz besonders stört uns Bürgerliche vor allem etwas: Der Verfassungsartikel öffnet Tor und Tür für allerlei unsinnige Vorschriften und Zusatzausgaben, für die wir schlichtweg kein Geld haben. Wir müssen uns bewusst sein, mit diesem

Verfassungsartikel unterschreiben wir einen Blankoscheck. Welcher Preis dann später in den Scheck eingesetzt wird, dazu haben wir dann nichts mehr zu sagen. Ebenso wenig werden wir mitreden können, wie unser Steuergeld eingesetzt wird. Das ist undemokratisch und gefährlich. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. "

Till Hartmeier (JFSH)

"Erst einmal ein Kompliment an die Schaffhauser Nachrichten und Georg Merz: Beide haben gemerkt, dass Watt eine Leistungsgrösse ist und nicht das gleiche wie Energie, die in Kilowattstunden gemessen wird.

Ich möchte auch bei der 2000-Watt-Gesellschaft genau sein. Stadtpräsident Thomas Feuerer hat gesagt, die Ziele werden von der Lehre und der Forschung geteilt. Das stimmt aber nicht mehr für die 2000-Watt-Gesellschaft. Es gibt einen Professor, der Berater vom Bundesrat ist und der sagt, 2000 Watt sei für ihn eine Metapher. Es könnten genauso gut 3000 oder 4000 Watt sein. Mit anderen Worten: Das Ziel ist eigentlich veraltet. Zum Votum von Patrik Simmler: Fossile Energie ist nicht das gleiche wie 2000 Watt. Es könnten auch erneuerbare Energien sein. In 200 - 300 Jahren scheint die Sonne immer noch, der Wind bläst nach wie vor.

Ja, ich bin auch für die Streichung des Antrages, aber ich will auch erklären, warum:

2000 Watt ist für mich veraltet, es entspricht nicht mehr dem neuesten Stand der Lehre und Forschung. Und wenn wir uns überlegen - wir schreiben etwas in die Verfassung, das zwar gut tönt, wissen aber nicht, wie wir es erreichen und müssen uns unterordnen. Wir müssten also eigentlich auch in die Verfassung schreiben: *"Die Schaffhauser werden 100 Jahre alt, die Schaffhauser verdienen eine Million pro Jahr."* Beides ist vielleicht irgendwie erreichbar, wenn man dem alles andere unterordnet. Es tönt schön; aber es ist etwas, was nicht in die Verfassung gehört. "

Peter Möller (SP)

"Man darf ohne Weiteres bürgerliche Verhinderungspolitik betreiben. Was mich aber stört, ist, wenn absoluter Unsinn erzählt wird, und dies im Zusammenhang mit dem Verfassungsartikel. Dass wir unsere Entscheidungsbefugnis aus der Hand geben sollen - das ist Angstmacherei im höchsten Grade. Wir machen hier eine *Zielbestimmung*. Wie wir diese erreichen, das ist Sache des politischen Prozesses der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Wenn dieser Artikel nicht in die Verfassung gehört - warum musste dann unbedingt der Artikel zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Schaffhausen, der auch sehr "konkret" ist in die Verfassung? Wir müssen mit gleichen Ellen messen. Wenn Sie aber unbedingt etwas verhindern möchten, bitte, dann machen Sie es. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst Antrag 2 mit 18:15 Stimmen gut.

3. Der Kernenergieausstieg der Stadtverwaltung erfolgt einerseits durch den Bezug von möglichst lokal produziertem Strom aus erneuerbaren Energien und

andererseits durch den Zubau von Solarstromanlagen und anderen erneuerbaren Energien auf städtischen Liegenschaften sowie durch Beteiligungen an erneuerbaren Stromerzeugungsanlagen (Rahmenkredit Städtische Werke).

Thomas Hauser (FDP)

"Ich beantrage, Artikel 3 zu streichen. Begründung: Irgendwie können wir nicht eine Vorlage zur zukünftigen Energiepolitik haben, wenn kein Wort darin steht, wie wir den Atomstrom ersetzen wollen. Es steht zwar "Bezug von lokal produziertem Strom". Das ist logisch, dass wir den Strom vom Wasserwerk Schaffhausen beziehen und nicht aus der Ukraine. In der ursprünglichen Vorlage stand auch "Zukauf von Wasserzertifikaten", ein Ablasshandel der Neuzeit. Wo wollen Sie in der Schweiz zertifizierten Wasserstrom kaufen, wenn sich alle Kantone so verhalten, wie der Kanton Schaffhausen (vor allem die Alpenkantone)?

Höherstau des Rheines, Ausbau des Engeweiher, bessere Nutzung des Gefälles zwischen Kraftwerk und Rheinflall: Dies alles sind Vorstösse der FDP zur Förderung des blauen Stroms. Alle haben Sie unterstützt, alle haben Sie gerufen "Atomausstieg Ja!" und beim Wasserwirtschaftsgesetz, haben die gleichen Leute den Rheinflall, die Fische, den Schotter und das Kies bekämpft. Wenn es alle Kantone der Schweiz so machen wie wir, wo wollen Sie denn zertifizierten Wasserstrom kaufen? Alles, was in Artikel 3 steht, haben wir mit dem Gesetz und dem 25-Millionen-Rahmenkredit angenommen. Somit braucht es ihn gar nicht. Warum müssen wir etwas zwei Mal nageln, was die Bevölkerung vor zwei Jahren angenommen hat? "

Stadtpräsident Thomas Feurer

"Es braucht noch ein paar Erklärungen, denn jetzt werden Kraut und Rüebli gemischt. Dieser Rat hat dem Stadtrat zwei Vorstösse überwiesen: Den Vorstoss "Ausstieg der Stadt aus der Atomenergie" mit 21:11 sowie das Postulat von Christine Thommen für eine Energieautarke Stadt Schaffhausen mit 24:9 Stimmen - eine Initiative der FDP.

Diese waren die Basis, und wir haben versucht, diesen Aufträgen nachzukommen. Heute liegt Ihnen die entsprechende Vorlage vor. Wir haben genügend Wasserstrom, wir brauchen keinen Ablasshandel zu betreiben. Aber wir müssen ihn bezahlen. Der Preis von CHF 140'000.-- entspricht dem, dass wir unseren ganzen zukünftigen Energiebedarf mit Clean Solution decken. Ich glaube, es ist nichts wie in Ordnung, dass wir uns zu dieser eigenen sauberen Energie bekennen. Daran braucht man nichts mehr zu rütteln - wenn man es nicht will, dann ist man dagegen. Wenn man es aber will, was eigentlich in diesem Rat einmal an uns herangetragen wurde, dann hoffe ich doch, dass man weiterhin dazu steht. "

Thomas Hauser (FDP)

"Ich widerspreche dem Stadtpräsidenten nicht. Die energieautarke Stadt haben wir verlangt. Den Engeweiher und den Höherstau des Rheins haben wir auch verlangt. Dies mit der Absicht, dass wir die Energielücke schliessen können, wenn wir aus der Atomenergie aussteigen. Es ist auch weiterhin unsere Absicht, und dazu stehen wir. Aber in diesem Artikel steht darüber gar nichts. Vor einem Jahr wollten wir den Anfang machen, indem wir die Werke EWS und EKS zusammen legen oder die Zusammenarbeit von ihnen fördern wollten. Dadurch würde in diesem Bereich vor allem der "Höherstau des Rheines"

gestärkt. Was geschah? Dieses Postulat wurde wegen mangelnder Rechtsform abgelehnt. Dies war der Grund für die Ablehnung, und das ist doch keine Rechtspolitik. "

Stadtpräsident Thomas Feurer

"Entschuldigung, jetzt kommen noch Zucchetti dazu. Wir sprechen davon, dass die Stadt - und das war die Absicht dieses Antrages - ihren eigenen Energieverbrauch, den sie selbst bestellen und bestimmen kann (jeder Energiebesteller kann diesen selbst bestimmen, wenn er eine gewisse Grösse hat; in absehbarer Zukunft wird es jeder einzelne sogar selbst bestimmen können). In dieser Beziehung haben wir genau diesen Auftrag wahrgenommen, den uns dieser Rat gegeben hat. Dies hat überhaupt nichts mit der Zusammenlegung des EKS und EWS zu tun - wir arbeiten übrigens noch immer sehr gut zusammen beim Thema erneuerbare Energien. Ich gebe zu, es gibt auch dort Rückschläge, aber diese haben nichts mit diesem Antrag zu tun. "

Urs Tanner (SP)

"Dass gegen Antrag 3 gestimmt wird, war schon in der Kommission der Fall. Aber es soll keine Geschichtsklitterung stattfinden, dass wir Linken und Grünen immer gegen alles sind. Kollegin Katrin Bernath und ich waren für den Höherstau und für das Wasserwirtschaftsgesetz. Das gemeine Volk hat dies abgelehnt, aber wir Grünen und Linken sind durchaus zu Kompromissen fähig, was wir heute von Euch nicht behaupten können. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst Antrag 3 mit 18:15 Stimmen gut.

4. Das bisherige Förderprogramm der Stadt Schaffhausen (Konto 6231.366.205) soll in Zusammenarbeit mit dem Kanton weitergeführt werden. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
5. Die Sanierung der stadteigenen Liegenschaften ist basierend auf dem jeweils aktuellen Gebäudestandard der Energiestädte mittels jährlicher Budgettranchen, die sich am Richtwert von mindestens 1.6% des Gebäudeversicherungswertes orientieren, voranzutreiben.

Edgar Zehnder (SVP)

"Ich stelle Antrag auf komplette Streichung von Ziffer 5; auch wenn mich meine Branche morgen noch weniger lieb haben wird. Aufmerksame Räte haben bemerkt, dass ich beim Antrag von Walter Hotz, Katrin Bernath in den Ausstand zu zwingen, sitzen geblieben bin. Eigentlich müsste auch ich in den Ausstand gehen, da ich im Hochbau sehr gross tätig bin; wir machen immerhin etwa CHF 18 Mio. Umsatz im Jahr. Da ich ja zurzeit recht gut damit leben kann, werde auch ich nicht in den Ausstand gehen, sondern probieren, diesen Wahnsinn noch ein wenig in die Schranken zu bringen.

Noch nie war es marktpolitisch wirklich klug, langfristig feste Richtwerte festzulegen, welche durch übereifrige Politiker noch verdoppelt werden. Wollen wir, um unser schlechtes Gewissen zu beruhigen, unsere alten Energieschleudern in Energiesparpaläste verwandeln? Vielleicht wäre ein Abriss mit Neubau oft die ökologisch und ökonomisch viel bessere Variante. Handwerker und Hersteller wittern bei uns Politikern seit Langem ein gutes

Geschäft (der Labelwahnsinn lässt grüssen), Eigentümer jedoch befürchten hohe Kosten.

Es gibt fünf Punkte, die dagegen sprechen, diesen Antrag wie er jetzt steht, so zu unterstützen:

1. Algenbildung

Beim meist angewandten Bauverfahren einer Aussendämmung können leicht Algen durch Isolierung entstehen, da auf dem nun kalten Putz sich die Feuchtigkeit leider leichter niederschlägt. Der angesammelte Staub auf der Isolation ist wiederum ein guter Nährboden für den Algenbefall. Und wie kann man dem Abhilfe schaffen? Eingebrachte Biozide sollen in Putzen die Algenbildung verhindern. Diese sollten jedoch wasserlöslich sein, um ihre Wirkung zu verbessern, somit gelangen diese Gifte wieder in den Boden, später ins Grundwasser usw., ein wahrlich grüner und auch genialer Gedanke. Klimaschutz zu Lasten der Umwelt.

Auch bei der Dicke der Aussendämmung bringen gerade einmal 10 - 12 cm effektiv den gewünschten Effekt, jeder weitere Zentimeter kostet nur viel Geld, mit jedoch sehr tiefem Nutzen. Von der Dämmstoffindustrie wird dies natürlich nicht propagiert, die versuchen so viel wie möglich zu verkaufen, und damit nicht genug, sie versuchen auch mit dem lobbyistischen Einfluss, den sie in der Politik ausüben, immer unsinnigere Vorschriften umzusetzen und in unserer Energiepolitik zu verankern.

2. Falsche Hoffnung bei Einsparpotential

Es werden dem Hausbesitzer Einsparungen bei Heizungen bis über 50% versprochen, daraus finanzierten sich die Investitionen in kürzester Zeit - leider stimmt dies aber nicht. Eine Studie bei über 20'000 Mehr- und Einfamilienhäusern hat das durchschnittliche Sparpotential berechnet: Bei einer versprochenen Energieeinsparung bis zu 76%, liegt das erreichte Mittel leider lediglich bei etwa 15%, diese Investitionskosten zu amortisieren würde oft über 30 Jahre dauern.

Auch bei neuen Fenstern wird ein Einsparpotential von bis zu 20% erwartet, durchschnittlich effektiv kann man aber nachweisen, dass nur 4% erreicht werden, dies rechnet sich leider sehr selten, weshalb ein Wechsel bei den Fenstern nach anderen Kriterien als energetischen zu vollziehen wäre (alle lokalen Fensterbauer mögen mir diese Aussage verzeihen). Kurz kann angemerkt werden: Die versprochenen hohen Einsparungen werden fast nie erreicht. Da gibt es wirklich Studien, man will sie nur nicht hören.

3. Entsorgungsproblematik

Das ist etwas, was ich noch nie aus dem grünen Raum gehört habe. Dem noch nicht genug. Wir produzieren zurzeit Unmengen an Isolationsstoffen, befestigen diese an unseren Häusern, welche in ein paar Jahrzehnten wieder rückgebaut werden müssen. Mindestens heute wissen wir in der Bauindustrie noch nicht, wohin mit dem Material. Unsere Kinder werden uns, ähnlich wie wir dies mit unseren Vätern heute bei der Atompolitik tun, eines Tages verfluchen. Unser nördlicher Nachbar hat seit 1993 ungefähr 800'000'000 m² Dämmplatten an Hauswände geklebt; aus der Schweiz kenne ich leider keine genauen Zahlen, diese dürften aber ebenfalls einen unvorstellbaren Abfallberg bedeuten. Hinten und vorne Kleber, beschichtet mit Verputzmaterial und Gittergewebe, ein

Mischmüll ohne Fraktionierungsmöglichkeiten. Die Mengen, die bei uns schon verklebt worden sind, können wir nirgends deponieren; dabei kommt uns der Umstand sicherlich zu Gute, dass die meisten Dämmstoffe wenigstens sehr gut brennen. "

Urs FÜRER (SP) stellt an dieser Stelle folgenden Ordnungsantrag:

"Die Ausführungen von Edgar Zehnder sind eine allgemeine baupolitische Abhandlung und gehören nicht zur Diskussion von Antrag 5. Daher stelle ich Ordnungsantrag auf Abbruch des Votums. "

Abstimmung:

Der Ordnungsantrag erreicht das nötige Quorum nicht.

Edgar Zehnder (SVP) nimmt sein Votum wie folgt auf:

"Der Antrag ist völlig fehl am Platz. Ich nehme mein Votum wie folgt auf:

4. Brandschutzpolitik

Obwohl einer der beliebtesten Dämmstoffe als nur schwer entflammbar eingestuft wird, die Lobbyisten seien ein weiteres Mal gegrüsst, kennt man leider nur zu gut, wie aussengedämmte Gebäude sich innert kürzester Zeit in giftige Flammenhöhlen verwandeln lassen, angeheizt beispielsweise durch Polystyrol; es entwickeln sich immens hohe Temperaturen, flüssiges Material wird innert Sekunden zu einem riesigen Feuerball. An vielen Wänden tickt eine Zeitbombe, heute und mit der späteren Entsorgungsproblematik erst recht.

Altbausanierungen können sinnvoll sein. Es ist aber eine fixe Vorschrift abzulehnen, da sich ökologisch und ingenieurtechnisch bei Altbauten nie allgemeinverbindlich solche Zusammenhänge rechnen lassen, das heisst es gibt Gebäude, da macht ein Wärmeverbundsystem Sinn, bei anderen ist es aber unbedingt wegzulassen.

5. Kosten unbezahlbar

Da Antrag 5 in einer Energiesparvorlage zitiert wird, könnte (entgegen den Äusserungen von Katrin Bernath) davon abgeleitet werden, dass diese 1.6% nur für Sanierungsmassnahmen im Energiebereich verwendet werden sollen. Dass 1.6% für Gesamtsanierungskosten sicher die untere Grenze bedeuten, ist auch mir wohl bewusst. Dieser Antrag ist in dieser Vorlage mit dieser Formulierung aber völlig fehl am Platz.

Bei unserer Gebäudeversicherungssumme von ungefähr CHF 600 Mio. machen die im Antrag 5 geforderten 1.6% übrigens jährlich CHF 10,8 Mio. aus. Den Eigentümern (vorerst die Stadt) werden durch diese Vorlage überzogene Forderungen gemacht. Früher konnte man der Kirche Geld vorbeibringen, um seine Sünden zu begleichen; heute verordnet man übereifrige und unnütze Vorschriften, um sein schlechtes Gewissen gegenüber der Natur zu begleichen. Da könne man gar grüne Politik mit Ablassgedankengut aus dem Mittelalter in Verbindung bringen.

Irrsinn Anno 2014? Ich habe Ihnen anfänglich fünf Punkte versprochen, weshalb dieser Antrag abzulehnen sei. Ich habe noch einen weniger ernst gemeinten 6. Punkt, weshalb er eventuell doch noch annehmbar wäre,

anzubringen:

Ich habe lange gesucht, weshalb der Stadtökologe so viel Freude an dieser Vorlage haben könnte und bin dann doch noch fündig geworden:

In der letzten Zeit machen sich immer mehr Spechte an den isolierten Hauswänden zu schaffen, weiss der Kuckuck, was sie suchen. Die aufgepickten Löcher müssen rasch möglichst verschlossen werden, da Feuchtigkeit eindringen und eine Kältebrücke entstehen könnte, die zu massiven Bauschäden mit Pilzbefall in den Innenbereichen führen würden. Nun gut, zwischenzeitlich hat auch die Bauindustrie reagiert und speziell ausgebildete Hausfassadenkletterer mit Maurerausbildung angestellt, welche die entstandenen Löcher der Spechte rassig und für gutes Geld zuflickten dürfen, zum Leidwesen der zur Kasse gebetenen Hausbesitzer.

Meine Damen und Herren, das vorliegende Papier war nicht mal seine eingebrachte Energie wert, es zu schreiben, von wegen noch zu vervielfältigen, lehnen wir es deshalb mit Überzeugung ab, und machen wir etwas für die Natur, das dieser auch wirklich nachhaltig etwas bringt. Heute, meine Damen und Herren, heisst es immer noch 4:0 für die Industrie gegen die Natur. Welche mutigen grünen Politiker schiessen heute endlich einmal das schon lange verdiente Gegentor? "

Martin Jung (AL)

"Wie in der Fraktionserklärung angekündigt, stelle ich den Antrag, die 1.6% durch 2.2% zu ersetzen. Wir würden uns damit von der unteren Grenze zum Mittelfeld der empfohlenen Werte empor bewegen. Ich halte mich wie Thomas Hauser ganz kurz, weil ich auch weiss, dass ich damit vermutlich unterliegen werde. "

Dr. Katrin Bernath (GLP)

"Die Ausführungen von Edgar Zehnder waren weitgehend interessant, und ich glaube auch, dass wir von den Zielen her weitgehend übereinstimmen. Er hat gesagt, dass es sinnvoll sei, dass man diese 1.6% vom Gebäudeversicherungswert einfach auch für den Werterhalt einsetze, weil eben aufgestauter Unterhalt auch Schulden bedeuten. Um zu bestimmen, was damit genau gemacht wird, braucht es Fachleute. Ich bin mir sicher, dass sie es gut machen werden. Der Leitfaden der Energiestädte schreibt vor, die graue Energie des Gebäudes zu optimieren.

Es geht eben aber auch um eine Gesamtbilanz, eine Überprüfung von der Herstellung bis zur Entsorgung. Ich glaube, man ist sich bewusst, dass es nicht das Beste ist, möglichst dick zu isolieren, und dies wird auch so gefordert. Von daher müssen wir keine Angst haben. Die 1.6% sind ein Richtwert im Mittel über die Jahre. Es geht um die öffentlichen Gebäude der Stadt Schaffhausen. Vielleicht macht man in einem Jahr mehr und im anderen weniger. Wir können im Parlament sagen, ob man mehr oder weniger machen soll; diese Freiheit besteht weiterhin. Es wurde auch unterstellt, dass der Richtwert in Prozent statt in Millionen ausgedrückt werde und dass man damit etwas verstecken möchte. Dies ist nicht der Fall; aber mit einer Prozentangabe ist klar, viel es ist. Mit CHF 2 - 4 Mio. ist unklar, was die Basis und wie viel es insgesamt ist. In diesem Sinne sehe ich keinen Grund, diesen Antrag abzulehnen und bitte Sie, diesem zuzustimmen. "

Stadtpräsident Thomas Feurer

"Es wurde viel gesagt, aber ich bin noch immer erschüttert. Ich hatte mehr Vertrauen in die Baubranche. Bis jetzt denke ich, dass die Auftragsnehmer ihre Arbeit bei der Stadt gut gemacht haben. Ich habe keine solchen Reklamationen auf dem Tisch. Die Aussage, dass die 1.6% eher an der unteren Grenze sind, stellt schnell klar, dass wir unsere Gebäude in einem Abstand von ungefähr 60 Jahren sanieren, was sicher an der unteren Grenze ist. Die Tranche, welche wir beantragen, hat nicht nur den ökologischen Mehrwert in sich, der mit dieser Umschreibung der Gebäudestandards dabei ist, sondern macht auch den Rest der Sanierung aus. Ich kann Ihnen versichern, dass der Baureferent über diese Offerte froh sein muss, weil wir in den letzten Jahren immer wieder die Situation hatten, dass der Hochbau auf dringende Sanierungen verzichten musste. Ich glaube, diesem Commitment zum Gebäudesubstanzerhalt, das darin enthalten ist, sollten wir zustimmen. "

Hermann Schlatter (SVP)

"Ich sehe nicht ein, warum wir diese Richtlinie fixieren sollen, wenn wir doch alljährlich an der Budgetdebatte diese festlegen können. Dieses Thema kommt immer wieder in der GPK auf, das letzte Mal bei der Rechnungsabnahme. Wir wissen, dass sich der Finanzreferent dafür einsetzt, dass mehr gemacht wird. Und wir haben vom Bau gehört, dass jetzt eine Gebäudeunterhaltssoftware eingeführt wird, mit der man genau sagen kann, was es eben schlussendlich braucht, die städtischen Liegenschaften zu unterhalten. Wozu brauchen wir es hier, wenn es doch im Budget jeweils festgelegt wird? Wir können im Budget jeweils Rücksicht darauf nehmen, wie die Finanzen stehen, einmal können wir mehr oder weniger machen. Übrigens haben letztes Mal die bürgerlichen Mitglieder mitgestimmt, dass der Budgetposten für den Liegenschaftsunterhalt erhöht wurde. Machen Sie dies doch am richtigen Ort, es gehört zum Budget und nicht hierher. "

Stadtrat Peter Neukomm

"Es geht hier um den Werterhalt von Volkvermögen und um nichts anderes. Es geht um ein Commitment des Rates, dass ihm das wichtig ist, und dieses ist aus unserer Sicht nötig, weil wir nicht jedes Jahr wieder neu an der Budgetdebatte darüber streiten wollen. Dadurch wissen wir, woran wir sind, dass wir längerfristig vernünftig in unser Volksvermögen investieren können. Dieses haben wir zu erhalten, wir haben eine Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung. Dieser Verantwortung wollen wir nachkommen, und es macht absolut Sinn, dies hier zu verankern.

Diese pauschale Verteufelung jeglicher energetischer Gebäudesanierungen ist schlicht falsch. Es gibt sehr sinnvolle energetische Sanierungen. In der Budgetdebatte werden wir Ihnen immer bei jedem einzelnen Objekt erklären, wo wir sinnvolle energetische Sanierungen machen. Es geht um eine gewisse Verlässlichkeit, unabhängig von den Budgetstreitigkeiten, damit wir langfristig unser Volksvermögen erhalten können. "

Abstimmung Prozentsatz:

Der Grosse Stadtrat heisst den SPK-Antrag 1.6% mit 25:6 Stimmen gut.

Abstimmung Streichung von Antrag 5:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag 5 mit 18:15 Stimmen gut.

6. Die folgenden wiederkehrenden und einmaligen Kredite werden bewilligt:
- a) Förderprogramm und Aktionen: Wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 30'000.-- an die kantonale Energiefachstelle für die Beurteilung der Fördergesuche
 - b) Ausstieg der Stadtverwaltung aus der Kernenergie (Bezug von Ökostrom aus möglichst lokaler Produktion): Wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 140'000.--
 - c) Verwendung der CO₂-Rückerstattungen (Konto 3202.441.004) für die beschleunigte energetische Sanierung der stadteigenen Liegenschaften (Ertrag 2009 und 2010 je rund CHF 100'000.--, 2011 rund CHF 60'000.--)
 - d) Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit: wiederkehrender Kredit von jährlich CHF 15'000.-- für die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit anderen Städten.

Till Hartmeier (JFSH)

"Ich stelle Antrag auf Streichung dieses Antrags: Zusammengerechnet kommen eine Viertelmillion Franken zusammen, wofür wir nur Emotionen und wenig Gegenwert erhalten. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag 6 mit 18:15 Stimmen gut.

7. Der Stadtrat informiert den Grossen Stadtrat im Rahmen der Ökobilanz über den Zwischenstand hinsichtlich Zielerreichung und Umsetzung von Massnahmen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
8. Folgende Motionen und Postulate werden abgeschrieben:
- Motion Peter Neukomm (erheblich erklärt am 30. Oktober 2007): Energie- und Klimaschutzkonzept für eine Trendwende in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft (gestützt auf Ziff. 1 und 2 dieses Beschlusses)
 - Motion Urs Tanner (erheblich erklärt am 2. Juni 2009): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie (gestützt auf Ziff. 1 und 3 dieses Beschlusses)
 - Postulat Peter Neukomm (erheblich erklärt am 2. April 2008): Städtische Investitionen in Photovoltaikanlagen (gestützt auf Ziff. 4 dieses Beschlusses)
 - Postulat Christine Thommen (erheblich erklärt am 16. November 2010): Für eine energieautarke Stadt Schaffhausen (gestützt auf Ziff. 1 ff. dieses Beschlusses).

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

9. Ziff. 2 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 10 lit. a der Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

"Ich beantrage Ihnen zu Antrag 9 Folgendes: Dieser Beschluss wird gestützt auf Artikel 10 lit. f der Stadtverfassung der Volksabstimmung unterstellt. Dies bedingt natürlich dann, dass Ziffer 10 gestrichen wird, wenn der ganze Beschluss der Volksabstimmung unterstellt wird. Wie Sie bereits schon von unserem Fraktionssprecher Beat Brunner gehört haben, sind wir der Meinung,

dass das ganze Geschäft derart wichtig ist, dass es in seiner Gesamtheit dem Volk unterstellt werden sollte und nicht nur die Verfassungsänderung. Dies würde auch bedeuten, dass, falls die Verfassungsänderung dahinfallen würde, der Rest nicht einfach dastehen würde, sondern dann hätten wir ein kongruentes Bild, indem das Ganze steht oder fällt. "

Urs Tanner (SP)

"Wir haben unsere Stadtverfassung vor ein paar Jahren geändert. Wir haben diese Kompetenzen und es macht absolut Sinn, dass wir den Artikel 2a nicht am Volk vorbei schmuggeln und dann logischerweise eine Volksabstimmung machen. Es macht aber durchaus Sinn, die Kompetenzen, die wir als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter, dass wir eben Antrag 10 mit 6 lit. b und c dem fakultativen Referendum unterstellen, aber sicher nicht den ganzen Beschluss; dies wäre in diesem Sinne nicht stringent. Wenn das Volk zur Basis, Artikel 2a, Ja sagt, dann sagt es eben auch zu den Massnahmen Ja. Das ist genügend Demokratie. Wir haben Kompetenzen, da müssen wir nicht immer zurückkriechen. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst Antrag 9 mit 18:15 Stimmen gut.

10. Ziff. 6 lit. b und c dieses Beschlusses unterstehen nach Art. 25 lit. f der Stadtverfassung je einzeln dem fakultativen Referendum. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Schlussabstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 20. November 2012 betreffend zukünftige Energie- und Klimapolitik, den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 3. Juni 2014 mit den angepassten Anträgen sowie die an der Ratssitzung vom 19. August 2014 beschlossenen Änderungen mit 18 : 15 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:57 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Die Protokollführerin:

Gabriele Behring

Veronika Michel